

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:

P

Telefon:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rücksendung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Sonntags täglich früh.

4. Jahrgang.

Sonntag, 17. Februar 1924.

Nr. 41.

Vor dem Hafentrenz- prozeß.

Der Prozeß gegen die Münchener Bier-
keller-Revolutionäre vom 9. November, Hitler-
Schmujolini, Ludendorff, Böhmer, Fried und
Konforten, soll nun nach mehrfachen Ver-
tragungen endgültig am 26. Februar beginnen.
Der Prozeß soll drei Wochen dauern und wird,
wie Hitlers Freunde, die den Prozeß verhin-
dern möchten, ankündigen, manche, der bay-
rischen Regierung peinliche Sensationen brin-
gen. Die nationalsozialistische Presse hat sich
genugsam angestrengt, um Kahr, den General-
staatskommissär und ehemaligen Ribbungen-
getreuen Hitlers, durch Drohungen einzuschüch-
tern, denn die Hafentrenz machen wohl gerne
Revolution, aber erstens darf dabei nicht ihr
eigenes Blut fließen, und zweitens mögen sie
ihre revolutionären Laten nicht vor Gericht
verantworten. Selbst an dem Wunsche — aber
auch nicht an mehr! — hat es nicht gefehlt,
die Hitler-Ludendorff-Gesellschaft mit Gewalt
aus der Haft zu befreien, denn sogar der hei-
mische, aller Ehren werthe deutschgelbe „Tag“
suchte schon Anfang Dezember seine durch den
mißglückten Novemberputsch enttäuschten Leser
mit der Versicherung zu beruhigen, es ließe
sich zwar nicht sagen, wie lange die Leiden-
zeit Hitlers und der anderen gefangenen
Freunde dauern werde, doch hürge die
Stimmung des Volkes dafür, daß die
Zeit der Schmach abgekürzt werden
wird. Wenn einige Kneipstischbrunden student-
ischer Hafentrenzer im Bierdunst großfressige
Reden halten, so hält das der „Tag“ schon
für die „Stimmung des Volkes“. Die „Zeit
der Schmach“ wurde nicht „abgekürzt“, Hitler
und Ludendorff sitzen noch immer, obwohl das
Blatt ankündigte, es werde zu einer Explo-
sion kommen, die Bayern noch nicht erlebt hat.
Die Mannen Schmujolinis überlegten sich doch
noch lieber die Explosion, denn es hätte wie-
der knallen können, und das Knallen, besonders
wenn es von der anderen Seite geschieht,
können sie, wie die Komödie vom 9. Novem-
ber bewies, auf den Tod nicht leiden.

Immerhin, der Prozeß beherrscht schon
seit vielen Wochen das politische Leben Bay-
erns. Nicht etwa deshalb, weil, wie von den
Hafentrenzern pathetisch verkündet wird, „über
eine Volksbewegung zu Gericht gefessen“ wer-
den soll — denn was es mit dieser „Volks-
bewegung“ auf sich hat, sah man, als sie im
ersten Pulvergeruch wie ein Spuk zerrann, —
sondern, weil es neben den Hitler und Luden-
dorff noch einen unerschütterlichen Angeklagten auf
der Anklagebank geben wird, den General-
staatskommissär Herrn von Kahr, der nun
von den Hitlerleuten der Mittätererschaft
an jenem Hochverrat in der berühmten
Novembernacht beschuldigt wird. Sie sind
alle zusammen recht seine Ehrenmänner, die
Hitler, Ludendorff, Kahr und Lossow, die Mit-
ter vom Hafentrenz, die zuerst gemeinsame
Sache machten, bis Kahr es doch rätlicher fand,
seine Mitkumpfane zu verraten, ihnen Lossows
Soldaten entgegenzuschicken, was zur Folge
hat, daß die von Kahr Uebertölpelten ihm nun
im Prozeß mit Enthüllungen drohen. Der
Staatsrechtslehrer an der Münchener Univer-
sität A r l R o t h e n b ü c h e r, hat sogar unter
dem Titel „Der Fall Kahr“ ein eigene Bro-
schüre erscheinen lassen, die sich mit der Frage
der Mitschuld Kahrs beschäftigt und die wohl
beschlagnahmte wurde, deren Inhalt aber doch
bekannt geworden ist. Der Verfasser kommt
darin zu dem Schlusse, daß Kahr auf die drin-
genden Bitten und Flehen Hitlers aufrichtig
und ernsthaft bei dem Putsch mit-
tata, da er selbst vorschlug, daß er die Statt-
halterei für die Monarchie übernehmen wolle.
Einige Stunden später hat er, der forben noch
ein Mitrevolutionär war, sich auf sein Amt
als Generalstaatskommissär zurückgezogen, um
„dem Kind der nationalen Revolution, dem er
noch eben selbst zur Geburt verholfen hatte,
den Tod zu geben“. Nothwendiger folgert dar-

Der Metallarbeiterstreit in Bodenbach erfolgreich beendet.

Kein Lohnabbau. — Vertragsverhandlungen für das ganze Verbandsgebiet

Bodenbach, 16. Februar. (Eigenbericht.)
Nach zweitägigen Verhandlungen ist es heu-
te gelungen zu einer Vereinbarung zu kom-
men, nach welcher der Konflikt in der Metall-
industrie als beendet gelten kann. Auf Grund
der getroffenen Vereinbarung wird nach Maß-
gabe der technischen Möglichkeiten am 19. d. M.
die Wiederaufnahme der Arbeit in
allen an dem Konflikt beteiligten Betrieben
erfolgen.
Am 5. März treten die Vertreter der Ar-
beiter und die der Industriellen zu Verhandlungen
über den Abschluß eines Lohnver-
trages für das ganze Verbandsgebiet
zusammen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden für
alle Firmen des Verbandes die bisher-
gen Löhne garantiert. Der Rahmen-
vertrag vom 15. Juni 1921 wird bis zum
30. April 1924 verlängert, und gleichzeitig mit

dem Abschluß des Lohnvertrages verhandelt.
Jede beabsichtigte Aenderung des Lohnverhält-
nisses nach dem 5. März wird von Organisation
zu Organisation beim Einigungsamt geregelt.
In einzelnen Betrieben ist es gelungen
kleine Verbesserungen der bisherigen
Lohnverhältnisse zu erzielen; so in den Berg-
mannwerken und bei Graba Maß-
regelungen wegen des Streiks erfolgen
nicht und sämtliche Arbeiter treten in ihre
früheren Rechte wieder ein.

Mit dem Abschluß dieser Vereinbarung
haben die Bodenbacher Metallarbeiter einen
vollen Erfolg erzielt und die Absichten des
Metallindustriellenverbandes, den Metallarbeiter-
verband zu zertrümmern und den Abschluß eines
Lohnvertrages zu vereiteln, durchkreuzt.

120.000 Dodarbeiter im Lohnkampf.

London, 15. Februar. Nach einer Reuters-
meldung werden 120.000 Dodarbeiter, falls der an-
gekündigte Streit zum Ausbruch kommt, die
Arbeit niederlegen. Die nationale Eisenbahner-
vereinigung habe beschlossen, alle ihre Mitglieder,
die in den Docks beschäftigt sind, einzuberufen.

London, 16. Februar. (Gavas.) Der Streit der
Dodarbeiter hat Mittag in allen Häfen eingesetzt.
Gegen Abend erklärte der Führer der Dodarbeiter
B o v i n, daß die Unterhandlungen vollständig
gescheitert seien und der Streit demnach fortgesetzt
werde.

Der Pfalz-Separatismus erledigt.

Speyer, 16. Februar. (Wolff.) Oberregierungs-
rat Tähler hat die Geschäfte der pfälzischen
Kreisregierung wieder übernommen. Der
französisch-englisch-belgische Untersuchungsausschuß
und die Beauftragten der bairischen Regierung
haben vorläufig vereinbart, daß die von den Se-
paratisten ausgewiesenen Beamten in die Pfalz
zurückkehren. Bis zur Wiedereinsetzung der ver-
fassungsmäßigen Regierungsgewalt wird der
Kreisauschuß an der Herstellung von Ruhe und
Ordnung mitarbeiten. Diese Vereinbarung bedarf
noch der Genehmigung der internationalen Rhein-
landskommission.

Ludwigshafen, 16. Februar. (Wolff.) Wie hier
von zuverlässiger Seite verlautet, übernimmt
morgen in der Früh der Kreisauschuß die Re-
gierung. Die sogenannte autonome Regierung be-
endet zu gleicher Zeit ihre Tätigkeit.

Paris, 16. Februar. Der „Matin“ erfährt aus
Speyer, daß sich gegen tausend pfälzische Autono-
misten aus den Grenzgebieten nach dem Elsaß
begeben hätten aus Furcht vor neuen Repressa-
lien seitens der bairischen Nationalisten.

Die Wiener Polizei sozialistisch!

Wien, 16. Februar. (Eigenbericht.) Heute fanden
bei der Wiener Sicherheitswache die Vertrauens-
männervahlen statt. Es wurden 5589 gültige
Stimmen abgegeben; davon entfielen für die frei-
gewerkschaftliche Organisation 4616 und für den
christlichnationalen Wählerblock 973 Stimmen, so

daß in den Zentralauschuß fünf Mitglieder der
sozialdemokratischen freien Gewerkschaft und ein
Mitglied von den Christlichnationalen gewählt
wurden. Von den Vertrauensmännern erhielten
die freie Gewerkschaft 105, die Christlichnationalen
14 Mandate. In den meisten Bezirken haben die
Christlichsozialen überhaupt kein Man-
dat erhalten.

aus, daß Kahr als Beamter durch seine Ueber-
nahme der Statthalterschaft für die Monarchie
seine Amtspflicht schwer verletzt
und seinen Eid gebrochen habe. Die
Verfehlung Kahrs liege nicht nur in seiner
Stellung in dem für Bayern und Deutschland
unheilvoll endenden Unternehmen Hitlers, son-
dern in der Erschütterung des kla-
ren Sinnes für das Recht, in der Zer-
störung des Glaubens an Gradlinigkeit und
Ueberzeugungstreue. Durch diese Charakteri-
sierung des einen bairischen Heros wird nicht
bewiesen, daß die anderen Heiligen aus dem
bayerischen Heldenolymp, die von Kahr auf die
Anklagebank gebracht wurden, auch nur um ein
Nota ehrenwerter sind.

Die Nationalisten beider Schattierungen
bemühen sich wohl, an ihren Halbgöttern zu
retten, was zu retten ist, aber die Mohren-
wäsche will nicht gelingen. Die Nationalsozia-
listen heulen, daß es schaurig durch Schloß
und Garten schallt, es wäre „Deutschlands
größte Schmach“, daß „der große Nationalheld
Ludendorff“, der „getreue Eckart des deutschen
Volkes“, der „tausendfach sein Land gerettet
und bewahrt“ habe (wobei das deutsche Volk
allerdings verblutete). auf der Anklagebank

Blut nehmen soll. Nach hafentrenzerischen
Begriffen sollen wohl Gentlemans vom Schlage
Hitlers und Ludendorffs straflos Putsche ver-
üben dürfen. Die Entrüstung, daß die Novem-
berfeiglinge nun doch vor Gericht müssen,
kann man auch in unserem „Tag“ nachlesen,
der überhaupt mit dem Großschmuger Hitler
ein Herz und eine Seele ist, obwohl er ihn im
ersten Schrecken nach dem kläglich mißglückten
Putsch als feige, eitle Wemme in den Reichricht
geworfen hatte. Es war wirklich nicht leicht,
den Hitler, — von dem der „Tag“ zuversicht-
lich geschrieben hatte, daß er l e i n e S t u n d e
l ä n g e r l e b e n bleiben würde, wenn ihm die
nationale Revolution mißlänge, und der dann
doch kein heißeres Verlangen trug, als sein
teueres Leben zu retten — im Handumdrehen
wieder zu einem Nationalheros umzulügen,
aber der „Tag“ traf auch dieses Kunststück.
Wenigstens vor seiner Leserschaft, die nicht faul
ist, auf den größten Hocker hineinzufliegen.
Auch jetzt hat er alle Hände voll zu tun, um
zu beweisen, daß der jetzige Prozeß „nichts an-
deres“ sei, als „das unendlich traurige Schau-
spiel, daß der Schwächling über den
Starken, der Untreue über den
Treuen, die Finsternis über das Licht

Ein ergreifendes Dokument.

Bei der kürzlich in Zürich stattgefundenen
Tagung der Minderheitenkommission der Völk-
erbundigen Union legte deren Generalsekretär Prof.
Dr. Theodor Ruffen eine Denkschrift über die ge-
genwärtige Lage Deutsch-Südtirols vor,
das durch den Frieden von St. Germain an Ita-
lien gefallen ist. Das Land bildete bei den 1921
stattgefundenen Wahlen in das italienische Par-
lament einen eigenen Wahlkreis; von 40.567 ab-
gegebenen Stimmen, die 91 Prozent der Wahlbe-
rechtigten darstellten, entfielen 36.574 Stimmen
auf die Liste der deutschen bürgerlichen Parteien,
3993 Stimmen auf die Liste der deutschen sozial-
demokratischen Partei, eine italienische Liste war
nicht aufgestellt worden. Diese Tatsache allein er-
weist wohl den deutschen Charakter des Landes,
dessen wichtigsten Orte Bozen, Meran, Brixen
und Brunico sind. Als die italienische Armee nach
dem Zusammenbruche der österreichischen Front
im November 1918 das Gebiet besetzte, versprach
der Kommandant in seinem Aufrufe die Gleich-
berechtigung der Deutschen mit den Italienern,
die deutsche Amtierung bei den Behörden, die
Aufrechterhaltung des deutschen Unterrichtes in
den Schulen, der eigenen Einrichtungen und Per-
sone und die Freiheit des Gedankens und des
Wortes. Auf den Protest Oesterreichs gegen die
Eingeweihtung des Gebietes an Italien beriefen
die alliierten Hauptmächte auf die Erklärung des
italienischen Ministerpräsidenten im römischen
Parlamente, in der er sagte, die italienische Re-
gierung beabsichtige „gegenüber den neuen Un-
tertanen deutscher Nationalität in Bezug auf deren
Sprache, Kultur- und wirtschaftliche Interessen
eine in weitem Maße liberale Politik zu ver-
folgen“. Später haben der Delegierte Italiens
auf der Friedenskonferenz Tiltoni und der Be-
richterstatter über den Friedensvertrag in der
italienischen Kammer Luzzatti ähnlich gesprochen;
letzterer erwähnte die „Ehrenpflicht Italiens, den
Deutschen die nur wegen der absoluten Notwen-
digkeit der Grenzverteidigung angegliedert worden
seien, ihre autonomen Einrichtungen zu bewilli-
gen. Ähnlich, vielfach noch schärfer sprach
Kürst Colonna als Berichterstatter im Senate,
Ministerpräsident Giolitti, Ministerpräsident
Bononi, ja sogar der König in der Thronrede.

Man muß zugeben, daß das vorläufige
Italien trotz des Drängens der chauvinistischen
Kreise des Trentino bemüht war, den Deutschen
Südtirols entgegenzukommen. Dies änderte sich
mit einem Schlage, als der Faschismus zur Ver-
schaft gelangte. Kaum in Jahr genügt und die
Deutschen Südtirols waren aus der am günstig-
sten gestellten Minderheit innerhalb der Nachfolge-
staaten die am meisten bedrückte geworden. Ru-
manien, Südslawien, ja sogar Polen mit seinen
Massenausreibungen der deutschen Kolonisten
und seiner schändlichen Behandlung der Ukrainer,
sie alle suchten wenigstens den Schein des Rechtes
zu wahren und mühten daher gewisse Schranken
einhalten. Der Faschismus hingegen erhob die
Emanzipation der Deutschen und der Slo-
wenen, die an Italien gefallen waren, offen zum
Programm. Welch Treppentwisch der Weltge-

zu Gericht sitzt“. Auch sucht er darzulegen, daß
bei Hitler und Ludendorff von einem Hochver-
rat keine Rede sein könne, noch weniger von
einem „vollendeten“, wie es die Anklage be-
hauptet. Und damit das deutsche Volk erfährt,
was es verliert, wenn Hitler und Ludendorff
auf einige Jahre ins Rittchen wandern müs-
ten, jammert er, das deutsche Volk würde „seine
eigene Zukunft“ und „die Hoffnung auf Frei-
heit für lange, lange Zeit“ verlieren.

Der aufgeregte „Tag“ kann sich beruhigen.
Zur Not wird sich die Freiheit und die Hoff-
nung des deutschen Volkes auch ohne den na-
tionalsozialistischen Schmujolini und den Feig-
ling Ludendorff zu helfen wissen.
So wird also der Münchener hafentrenz-
lerische Film in den nächsten Wochen zum
Gaudium der Zuschauer doch abrollen. Man
wird die nationalen Halbgötter wieder einmal
ohne Loga in ihren Dessous zu sehen bekom-
men. Es wird kein erbauerlicher Anblick werden,
dieser sich halgende nationale Heldenolymp.
Man wird an das grimmig humorvolle Wort
Gogols aus den „Brüdem Karamasoff“ er-
innert werden: „Das Geschmeiß wird
sich gegenseitig auffressen.“

Deutschlands Botschafter bei Millerand.

Politische Reden bei der Ueberreichung des Beglaubigungsbekretes.

Paris, 16. Febr. (Savas.) Der Präsident der Republik, Millerand, empfing heute nachmittags von Goesch in feierlicher Audienz. Der Botschafter hielt bei der Uebergabe seines Beglaubigungsschreibens an den Präsidenten folgende Ansprache:

Die deutsche Regierung hat in dem Bestreben, ehestens den Posten des deutschen Botschafters in Paris wieder zu besetzen, mir dieses Amt anvertraut und ich habe die Ehre, Euer Excellenz die Beglaubigungsschreiben zu überreichen, mit denen mich der Reichspräsident beim Präsidenten der französischen Republik als außerordentlichen Botschafter und bevollmächtigten Minister akkreditiert hat. Zudem ist das hohe mir anvertraute Amt übernehme, bin ich mir vollkommen der Schwierigkeiten bewußt, die zu überwinden notwendig sein werden, damit sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern bestmöglich gestalten. Euer Excellenz können versichert sein, daß ich gemäß den Anweisungen meiner Regierung alle meine Kräfte der Verwirklichung dieses Zieles und zur Erleichterung des Vorgehens bei Regelung der großen Fragen, von deren Lösung die Zukunft Europas in so bedeutendem Maße abhängt, widmen werde. Wenn ich trotz der bestehenden Schwierigkeiten dennoch nicht ohne Vertrauen die Arbeiten aufnehmen, so geschieht das deshalb, weil ich die Hoffnung habe mit Ihrer freundlichen Unterstützung und der Förderung durch die französische Regierung rechnen zu können. Zudem ist mir diese freundliche Unterstützung und Förderung ersehnt. Ich bitte, Herr Präsident der Republik, diese Gelegenheit, dem ersten Beamten der Republik meine Hochachtung zu erweisen.

Millerand antwortete: Herr Botschafter! Ich beglückwünsche Sie, daß die deutsche Regierung als Nachfolger des verstorbenen Dr. Weyer auf den Posten des außerordentlichen Botschafters und bevollmächtigten Ministers einen so vorzüglichen Diplomaten ausgesandt hat.

Begründung unter sagt: „Die Tätigkeit des Vereines ist je nachdem, ob sie die staatliche Tätigkeit unterstützt oder sich ihr widersetzt, entweder überflüssig oder schädlich für die Interessen des Staates in der Obforge für Bürger italienischer Staatsangehörigkeit.“ Wenn wir zum Schlusse noch erwähnen, daß durch eine Verordnung „aus Gründen nationalen Interesses und der öffentlichen Ordnung“ alle deutschen Touristenvereine aufgelöst und ihr bewegliches und unbewegliches Eigentum einfach dem Club Italiano Alpino überwiesen wurde, so glauben wir ein kurzes Bild vom Wüten des Faschistenregimentes in Südtirol gegeben zu haben. Was konnten die Deutschen Südtirols gegen diese furchtbare Entrechtung unternehmen? Der Weg zum Völkerbunde ist ihnen verschlossen, da Italien durch keinen Minderheitenschutz gebunden ist. In ihrer Verweisung haben sie sich an die Union der Völkerbundigen gewendet. Erscheinen konnten ihre Führer in Zürich nicht, weil auch die gemäßigten Abgeordneten nicht wagen dürfen, im Auslande Beschwerden vorzubringen, ohne den furchtbaren Verfolgungen ausgesetzt zu sein. So mußten sich die Abgeordneten Südtirols damit begnügen, eine Denkschrift zu überreichen, die von den Vertrauensmännern aller Parteien verfaßt ist und die der Generalsekretär, wie erwähnt, der

wählt hat, der sich bereits in Paris bewährt und als Leiter der deutschen Botschaft hervorgetan hat. Es ist tatsächlich höchst wünschenswert, daß der Vertreter Deutschlands, der die Verhandlungen über delikate Fragen mit der Regierung der Republik fortsetzen will, vom ersten Augenblick seiner Amtsübernahme über die Stimmung und den Willen Frankreichs informiert sei. Ihr Aufenthalt bei uns hat Ihnen Gelegenheit geboten, sich davon voll zu überzeugen. Zu Beginn dieses Jahres hatte ich Gelegenheit, die Stimmung und den Willen des französischen Volkes öffentlich darzulegen. Sie lassen sich in die Worte zusammenfassen: „Achtung vor den Verträgen“. Hinter dieser Formel, die das gut ausdrückt, was sie ausdrücken will, verbergen sich keine hintergedanken. Im Bewußtsein der Wichtigkeit der Interessen, um die es sich handelt, sind die Vertreter Frankreichs gleichfalls entschlossen, keines ihrer vor ihnen gehüteten Rechte aufzugeben und bereit, in friedfertigstem Geiste alle die Achtung vor den Verträgen garantierenden Lösungen zu prüfen.

Auch wenn die französische Demokratie sich in die inneren Angelegenheiten anderer Völker nicht einmischen will, so muß sie doch in ihrem eigenen Interesse sowie im Interesse der ganzen Welt den Fortschritt und den Sieg der von ihr vertretenen Prinzipien wünschen. Tief pazifistisch hat sie an jenem Tage, wo sie dazu genötigt war, bewiesen, daß sie bereit ist, alles zu opfern, mit ihrer eigenen Unabhängigkeit die Freiheit der Welt zu verteidigen und zu schützen. Ihr heißer Wunsch ist, daß eine ähnliche grausame Prüfung ihr künftig und für immer erspart bleibe. Die Aufrichtigkeit unserer Sehnsucht in dieser Richtung wäre zur Sterilität verurteilt, wenn sie nicht erwidert würde. Ich begrüße mit Freuden die Versicherung, der Sie bei ihrer ersten Kundgebung Ausdruck zu geben wünschten. Sie ist versichert, daß der Erfüllung Ihrer Mission, wie Sie sie begriffen und definiert haben, weder meine Unterstützung noch die Unterstützung der Regierung der Republik fehlen wird.

Tagung zur Kenntnis brachte. Sie enthält kein scharfes Wort, nur eine Aneinanderreihung von Dokumenten, durch spärlichen Text verbunden. Sonst wären wahrscheinlich auch die Abgeordneten ihres Lebens nicht sicher gewesen. Allein gerade durch die Leidenschaftslosigkeit der Ausführungen, die durch die eindeutige Sprache der offiziellen Dokumente unterstützt wird, wirkt diese Denkschrift der gequältesten der Minderheiten ergreifend.

Der italienisch-jugoslawische Vertrag gefährdet.

Belgrad, 16. Febr. Die Aussichten für die glatte parlamentarische Erledigung des Vertrages mit Italien haben sich insofern verschlimmert, als die aus acht Abgeordneten bestehende deutsche Parteigruppe, welche bisher die Regierungspolitik unterstützte, beschlossen hat, an der Beratung der Fiume-Frage überhaupt nicht teilzunehmen. In Regierungskreisen wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Stimmen der Radikalen und süberbischen Türken, über welche die Regierung verfügt, hinreichend sind, solange die Kroaten an ihrer Abstimmung festhalten.

Die „Befreiungstare“.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom Samstag behandelt in einem sehr lesenswerten Aufsatz die auch im „Sozialdemokrat“ (18. Febr.) besprochene Wiedergutmachungsforderung der Reparationskommission an die Tschechoslowakische Republik. Die interessante Darstellung der Rolle, die in dieser Affäre unter Alliierten und Assoziierten die Republik Oesterreich hat, sei nachstehend wiedergegeben:

Das seltsame ist nun, daß die Zahlungsverpflichtungen der Tschechoslowakei im höchsten Maße auch — Oesterreich betreffen. Jene „Ablösung der Staatsgüter“ ist nämlich in dem Vertrag von St. Germain enthalten, also in dem Vertrag, den die alliierten und assoziierten Mächte, zu denen auch die Tschechoslowakei gehörte, mit Oesterreich geschlossen haben. Und zwar wird in dessen Artikel 208 bestimmt, daß die Staaten, denen ein Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie übertragen wurde oder die aus dem Zerfall dieser Monarchie entstanden sind, alles Gut und Eigentum erwerben, das der ehemaligen oder der gegenwärtigen österreichischen Regierung gehörte und auf ihren Gebieten (dem Gebiet der „Erwerbenden“) gelegen ist. Zum Besitz der österreichischen Regierung gehörten „das Vermögen des ehemaligen österreichischen Kaiserreiches, der Anteil dieses Reiches an dem gemeinsamen Besitz der österreichisch-ungarischen Monarchie, alle Kronlitter, sowie das Privatvermögen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Herrscherfamilie“. Also aller solcher Besitz, sofern er sich auf ihrem Gebiet befindet, fällt der Tschechoslowakei, als einem Staate, der durch den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden ist, als Staatseigentum zu. Aber nicht umsonst! Sondern die Reparationskommission „bestimmt den Wert des (derart) erworbenen Besitzes und Eigentums; diese Werte werden dem übernehmenden Staate angelastet und der Republik Oesterreich in Anrechnung auf die Wiedergutmachungsschuld gutgeschrieben“. Diese eigentümliche Konstruktion, daß nämlich die Tschechoslowakei diese Zahlungen zugunsten Oesterreichs zu leisten hat, die hat ihre besondere Ursache. Nämlich im „Geiste“ des Vertrages von Saint-Germain ist die Republik Oesterreich die Rechtsnachfolgerin des alten Oesterreich — was unter anderem auch die Folge hat, daß die Wiedergutmachung aller Schäden, die den alliierten Mächten von Oesterreich-Ungarn im Kriege zugefügt worden sind, von der Republik Oesterreich zu leisten ist; sie ist also auch Rechtsnachfolgerin des alten Oesterreich in Ansehung des Eigentums der ehemaligen österreichischen Regierung. Also gehört jener Besitz und Eigentum der ehemaligen österreichischen Regierung rechtlich der gegenwärtigen österreichischen Regierung, und rechtlich hätte die Tschechoslowakei den Wert der Republik Oesterreich abzulösen. Aber da die Republik Oesterreich den alliierten Mächten sehr viel schuldet, eben die Wiedergutmachung aller Kriegsschäden, so hat die Tschechoslowakei den Gegenwert jenes erworbenen Besitzes und Eigentums nicht an Oesterreich, sondern an Oesterreichs „Gläubiger“, eben die Reparationskommission, zu zahlen, und die Reparationskommission schreibt den von der Tschechoslowakei gezahlten Betrag uns gut: als Abzahlung auf unsere Wiedergutmachungsschuld. Zivilrechtlich könnte man die Sachlage etwa so ausdrücken, daß die Tschechoslowakei der Republik Oesterreich, als Gegenwert des ehemals staatlichen Eigentums, das ihr, weil auf ihrem Gebiete gelegen, zugefallen ist, jene zwanzig bis dreißig Milliarden Tschechenkronen schuldet, die die Republik Oesterreich

schichte: die siegreichen Westmächte maßten sich in ihrem Hochmut an, den von ihnen nicht als voll genommenen Staaten „Mit-Europas“ die wahre, jegliche nationale Vergeßlichkeit unmöglich machende Demokratie zu bringen und erachteten es deshalb für notwendig, diese Staaten durch einen internationalen Minderheitenschutz zu binden; heute ist eine Macht unter ihnen, die gegen ihre Minderheiten mit einer Brutalität vorgeht, deren sich der Balkan zu schämen hätte. In 31 Punkten hat der südtiroler Chauvinistenführer Senator Tolomei in seiner Rede am 15. Juli 1923 im Stadttheater in Bozen das Entnationalisierungsprogramm verurteilt und der Unterpräfekt dieser Stadt hat amtlich erklärt, daß dieses Programm tatsächlich als jenes der Regierung zu betrachten sei. Es gibt wohl kaum ein schlimmeres Dokument des synkrischen Chauvinismus als dieses Programm.

Hundert von Gemeinden, in welchen niemand der italienischen Sprache mächtig ist, werden verpflichtet, den ganzen amtlichen Verkehr in italienischer Sprache abzuwickeln und selbst der Verkehr mit Privaten darf nur dann in deutscher Sprache stattfinden, wenn es sich nicht um Akten handelt, die an Behörden gerichtet sind oder Interessen Dritter betreffen; dies gilt auch für alle Gemeindeunternehmungen (Straßenbahnen, Wasserwerke usw.). Vollständig und ausnahmslos italienisch antizipieren alle Staatsbehörden, Verwaltungsbüros, Körperschaften, Handelskammern, Genossenschaften, Kassen, Wohltätigkeitsanstalten (!), kurz, alle Unternehmungen, die unter irgendeiner behördlichen Kontrolle oder Aufsicht stehen. Die in das Gebiet einfindenden Staatsbeamten sind größtenteils der deutschen Sprache vollkommen unkundig.

Weiter wurde einfach dekretiert, daß alle Manifeste, Ankündigungen, Zuschriften, Aufschreiben, Tabellen usw., die sich an die Öffentlichkeit wenden, auch wenn sie private Interessen betreffen, ausschließlich italienisch sein müssen. Die deutschen Ortsbezeichnungen wurden verboten und durch neue, der Bevölkerung vollkommen unbekannte ersetzt, die ausschließlich unter Strafandrohung überall im öffentlichen Leben, sogar auf Fahrplänen, Fremdenführern und Ansichtskarten (!) zur Anwendung gelangen müssen. Alle öffentlichen Lokale dürfen nur italienisch bezeichnet sein, lediglich für Kurorte usw. werden gewisse Ausnahmen gestattet. Die Bezeichnungen Südtirol, Tiroler usw. sind unter Strafe gestellt, es muß heißen Hochetsch (Altoadige) und Etschländer (Altestimo).

Mit einer besonderen Verordnung wurde das gesamte Schulwesen italienisiert. Mit Beginn des Schuljahres 1923/24 wurde in allen ersten Klassen die italienische Unterrichtssprache eingeführt, so daß nach vier Jahren die fast vierhundert deutschen Schulen des Landes zu existieren aufgehört haben werden: Der italienische Unterricht bezieht sich nach einer besonderen Verordnung auch auf die Religion. Deutsch darf nurmehr in Ueberstunden gelehrt werden. Kein Staat der Welt hat wohl mit derartiger Rücksichtslosigkeit das gesamte Schulwesen einer nationalen, noch dazu in geschloffenem Gebiete lebenden Minderheit mit einem Schläge von Grund aus zerstört. Man bedenke, was es heißt, sechsjährigen Kindern in der Schule den Unterricht in einer Sprache zu erteilen, die sie kaum jemals vernommen haben.

Deutsche Wählerversammlungen sind seit Jahr und Tag verboten, auch Vorträge durchaus unpolitischen Charakters, z. B. über Dichter und Gelehrte, werden nicht gestattet. Ein Verein zur Pflege der deutschen Sprache wurde mit folgender

Der Auf der Wildnis.

Von Jack London. 12

„Ei, ei.“ rief Francois und schlug vergnügt auf seine Knie. „Sieh den Bud an. Er bringt den Spitz um und will jetzt seinen Platz einnehmen.“

„Scher dich fort, du Lump.“ rief er, aber Bud ging nicht von der Stelle. Francois packte ihn am Genick, schleppete ihn, als er drohend knurrte, auf die Seite und stellte Sol-lets wieder an seinen Platz. Der alte Hund hatte es nicht gern und zeigte deutlich, daß er sich vor Bud fürchte. Francois war halbtoll; aber als er einmal den Rücken drehte, jagte Bud Sol-lets wieder fort, der ganz gern ging.

Francois wurde böse. „Jetzt, beim Teufel werde ich dir den Kopf zurechtsetzen.“ schrie er, indem er mit einem schweren Knüttel zürückkam. Bud dachte an den Mann im roten Sweater und zog sich langsam zurück. Auch versuchte er nicht mehr dazwischen zu springen, als Sol-lets noch einmal nach vorn gebracht wurde. Zwar blieb er immer außer Schußweite, aber er knurrte heftig und wütend. Während er umherging, beobachtete er den Knüttel, um auszuweichen, wenn Francois nach ihm werfen sollte, denn in bezug auf den Knüttel war er vorsichtig geworden.

Der Treiber ging an seine Arbeit und, als er soweit war, rief er Bud, um ihn auf seinen alten Platz vor Dave zu bringen. Bud ging zwei oder drei Schritte zurück. Francois folgte ihm, aber er setzte seinen Rückzug weiter fort. Kurz darauf legte Francois den Knüttel hin in der Meinung, daß Bud fürchte, eingepöbelt zu werden. Aber Bud war in offener Empörung. Er wollte nicht vor der Tracht Prügel fliehen, sondern er wollte die Führung haben. Das war sein Recht. Er hatte sie verdient, und darum wollte er sich nicht mit weniger zufrieden geben.

Berrault griff ein. Fast eine Stunde lang jagten sie Bud zwischen sich hin und her und warfen Knüttel nach ihm. Er wich aus. Sie verwünschten ihn und seine Voretern und seine ganze Nachkommenschaft bis in die letzte Generation, und jedes Haar an seinem Leib und jeden Tropfen Blut in seinen Adern. Er antwortete darauf mit Knurren und hielt sich in angemessener Entfernung. Er versuchte nicht fortzulaufen, aber er ging rückwärts um das Lager herum, wobei er deutlich zu erkennen gab, daß er, nach Erfüllung seines Wunsches ins Geschirrt kommen und brav sein wolle.

Francois setzte sich und kratzte sich den Kopf. Berrault sah auf die Uhr und fluchte. Die Zeit flog dahin und sie hätten schon seit einer Stunde auf dem Marsch sein sollen. Francois fragte sich wieder am Kopf, schüttelte ihn und sah mit einfühligen Gesicht Berrault an, der die Schultern hob zum Zeichen, daß sie besiegt seien. Da ging Francois dorthin, wo Sol-lets stand und rief Bud. Dieser lagte, wie Hunde lagten, blieb aber noch weg. Francois spannte Sol-lets aus und stellte ihn an seinen alten Platz. Das Gespann war marschbereit. Für Bud war nur noch der Platz an der Spitze frei. Francois rief noch einmal, aber Bud lagte wieder und blieb stehen.

„Leg den Knüttel hin.“ befahl Berrault. Francois fügte sich, worauf Bud mit triumphierendem Bogen herankam und sich an die Spitze des Gespannes stellte. Seine Stränge wurden festgemacht, der Schlitten losgebunden, und mit den beiden Männern rennend gingen sie in der Richtung nach dem Fluß los.

So hoch der Hundetreiber vorher schon Bud eingeschätzt hatte, mit seinem zweifachen Teufel, so fand er jetzt, daß er ihn unterschätzt hatte. Mit innigster Liebe übernahm Bud die Pflichten des Leithundes, und wo Verstand und schnelles Denken und Handeln nötig war, zeigte er sich stets dem Spitz überlegen, dem Hund, desgleichen Francois nie vorher gesehen hatte.

Was Bud so auszeichnete, war die Tatsache, daß er das Gesetz vorschrieb und die Befehle zwang, danach zu handeln. Dave und Sol-lets beachteten den Wechsel in der Führung nicht. Es war nicht ihre Sache. Ihr Geschäft war, zu ziehen, und zwar schwer zu ziehen in den Strängen. Solange nichts dazwischen kam, kümmerten sie sich um nichts, was vorging. Die übrigen Gefährten waren in den letzten Tagen von Spitz widerpenstig geworden und waren jetzt sehr erstaunt, daß Bud sie im Zaum hielt.

Bile, der hinter Bud ging und wie eine Unze seines Gewichtes mehr gegen das Laufband legte, als er zu tun gezwungen war, war leicht und wiederholt geneigt, zu stolzen. Aber ehe der erste Tag zu Ende ging, zog er mehr als je in seinem Leben. Am ersten Abend im Lager wurde Joe, der Mürrische, gründlich bestraft — eine Sache, bei deren Ausübung Spitz nie den erwünschten Erfolg gehabt hatte. Bud erdrückte ihn einfach vermöge seines größeren Gewichtes und schüttelte ihn solange, bis er aufhörte zu schnappen, und um Gnade zu winseln begann.

Das Gespann nahm unmitttelbar seine alte Art wieder auf. Es erlangte seine alte Spannkraft wieder, und die Hunde liefen wieder in den Strängen so gleichmäßig wie zuvor. Bei den Stromschnellen von Rink kamen zwei einheimische Hunde hinzu, und die Schnelligkeit, womit Bud diese anlernte, benahm Francois den Atem.

„Wie wieder so ein Hund wie Bud.“ schrie er. „Nein, niemals wieder! Er ist tausend Dollars wert, wahrhaftig. Was sagst du, Berrault?“

Berrault nickte beifällig. Er war dann voraus in der Höchstleistung und gewann Tag für Tag. Das Gespann war in glänzender Verfassung, wohlbestellt und fett, und es war mit keinem Neuschnee zu rechnen. Es war auch nicht zu kalt. Die Temperatur war fünfzig unter Null und blieb so während der ganzen Reise. Die Männer fuhren und liefen abwechselnd, die Hunde blieben im Schwung, und es gab selten eine Hemmung.

Der Dreihingelknecht war verhältnismäßig gut mit Eis bedeckt, und sie legten in einem Tage die Strecke zurück, zu der sie beim Hermarsch zehn Tage gebraucht hatten. Ohne Aufenthalt liefen sie die sechzig Meilen vom Fuß des Sees Le Barge zu den White Horse Wasserfällen. Ueber Mar-Tagish und Bennet flogen sie so rasch, daß der Mann, der an der Spitze zu laufen war, sich hinter dem Schlitten von einem Seil ins Schlepptau nehmen lassen mußte. Am letzten Abend der zweiten Woche erreichten sie den weißen Paß und stiegen den Abhang zum See hinunter, wo sie die Lichter von Stagnay und von den Schiffen zu ihren Füßen sahen.

Es war ein Rekordmarsch. Vierzehn Tage lang hatten sie täglich im Durchschnitt vierzig Meilen zurückgelegt. Drei Tage lang luden Berrault und Francois in der Hauptstraße von Stagnay Kisten auf und ab und wurden mit Einladungen überhäuft, während das Gespann der beständige Mittelpunkt einer betörenden Menge war. Zu dieser Zeit versuchten drei oder vier Schäfte aus dem Westen die Stadt auszuräubern; sie wurden exemplarisch bestraft, und das öffentliche Interesse wandte sich andern Dingen zu. Gleich darauf kamen amtliche Verfügungen. Francois rief Bud zu sich, legte seine Arme um ihn und weinte. Zum letzten Male hatte Bud Berrault und Francois gesehen; wie andere, so schieden auch sie für immer aus Buds Leben.

Ein schottischer Mischling nahm ihn und seine Gefährten in Obhut, und im Verein mit einem Hund anderer Hundegespanne ging er über die schwierige Bahn nach Dawson zurück. Das war kein leichter Marsch, keine Rekordzeit, aber täglich schwere Arbeit mit vollbeladenem Schlitten hinter sich; denn sie zogen die Post, die Nachrichten aus der Welt zu den Männern brachte, die im Polarischen Gold suchten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Beratung der Sozialversicherung im Unterausschuß.

Keine Ausdehnung auf die Unfall- und Arbeitslosenversicherung. — Die Versicherung der öffentlichen Angestellten. — Die Versicherung der Vergarbeiter, Hauslehrer, Hausnäherrinnen und Bedienerinnen. — Die Unterstüzung der über 60 Jahre alten Personen. — Die Versicherung der Lehrlinge.

Ununterbrochen berät der Unterausschuß des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses über die Sozialversicherung. In der Sitzung vom 31. Jänner gelangten die §§ 1—4 zur Abstimmung, wozu Änderungsanträge des Sen. Taub vorlagen, welche bezweckten, daß der Umfang der Versicherung auf die Unfall- und Arbeitslosenversicherung ausgedehnt werde. Die Anträge wurden abgelehnt. Beschlossen wurde jedoch entsprechend einem Antrage Matoušek, daß die Versicherung der außerhalb des Gebietes der tschechoslowakischen Republik vorübergehend beschäftigten Personen im Verordnungswege geregelt werde.

Einen breiten Raum in den Auseinandersetzungen des Ausschusses nahm die Frage der Versicherung der öffentlichen Angestellten ein. Gen. Taub erklärte, daß die deutschen Sozialdemokraten für die Versicherung aller öffentlichen Angestellten seit jeher eintreten. Die Frage, mit der man sich zu beschäftigen hätte, ist die, ob eine eigene Krankenversicherung der Staatsbediensteten geschaffen werden soll oder ob man diese Gruppe in das gegenwärtige Gesetz einbeziehen soll. Die deutschen Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß die Einbeziehung der Staatsangestellten in dieses Gesetz von Vorteil ist. Seit zwei Jahren befindet sich die Vorlage für die eigene Krankenversicherung im Senat, ohne daß bisher der Zeitpunkt angegeben werden konnte, wann die Vorlage tatsächlich durchberaten werden wird. Die Verhandlung über diesen Gegenstand wurde dann unterbrochen und die Abstimmung verschoben. In der Sitzung vom 6. Feber teilte dann der Vorsitzende, Dr. Winter, mit, daß ihm von Senator Pánek, dem Referenten über den Entwurf des Gesetzes betreffend die Krankenversicherung der Staatsangestellten, mitgeteilt wurde, daß im Senat die Vorlage beraten werden wird, und zwar in dem Sinne, daß sich die Krankenversicherung der Staatsangestellten nur beschränken würde auf die Gewährung von Beihilfen, daß sie aber andererseits wieder auf alle öffentlichen Angestellten erweitert würde. In diesem Sinne wurde beschlossen und der gegenseitige Antrag Taubes abgelehnt.

In der Sitzung vom 31. Jänner wurde auch der § 5, Absatz 6, in Beratung gezogen, der davon handelt, daß von der Versicherungspflicht Personen ausgeschlossen sind, auf die sich das Gesetz vom 21. Juni 1922 betreffend die Versicherung bei den Bergwerksbrüderladen bezieht. In der Debatte sagte Abgeordneter Taub, daß die Vergarbeiter spontan und einmütig erklärt haben, daß sie bereit sind, sich an die allgemeine Sozialversicherung anzuschließen, wenn ihren Wünschen entsprochen wird. Die künftige Gestaltung der Dinge werde zweifellos jenen Recht geben, die behaupten, daß die Separation auch für die Vergarbeiter von jenem Rechtteil ist.

Der Unterausschuß beschäftigte sich sodann mit dem § 5c, der die Bestimmung enthält, daß von der Versicherungspflicht ausgeschlossen

sind Bedienerinnen, Hausnäherrinnen und andere Personen, die in ähnlicher Weise abwechselnd bei verschiedenen Arbeitgebern beschäftigt sind, sowie Hauslehrer und Lehrerinnen, falls sie nicht Studierende sind. Abgeordneter Taub erklärte, daß es sich in diesem Falle um wirtschaftlich sehr schwache Schichten handelt. Es würde nicht begriffen werden, wenn eine Sozialversicherung geschaffen würde, bei welcher gerade diese Bedürftigen ausgeschlossen werden sollten. Professor Schönbaum erklärte, daß durch Einbeziehung der genannten Kategorien eine besondere Belastung erfolgt und daß deren Einbeziehung administrative Schwierigkeiten bereiten werde. Dagegen wendet sich Abgeordneter Gen. Taub und beantragt, daß sich der Ausschuß prinzipiell für die Versicherung dieser Schichten ausspreche. Dem stimmte Doktor Galas zu und glaubt, daß die Durchführung der Administration überlassen werden soll.

§ 6, Absatz e, der gleichfalls verhandelt wurde, setzt fest, daß die Privatangestellten von der Invaliditäts- und Altersversicherung ausgeschlossen werden. Abgeordneter Taub vertritt den Standpunkt, daß die Einbeziehung der Privatangestellten unter voller Wahrung der erworbenen Rechte und Ansprüche erfolgen soll. Redner er sucht, die Entscheidung zurückzustellen, bis über die Leistungen entschieden worden ist, welchem Ansuchen der Vorsitzende willfährte.

Es wird sodann die Unterstüzung von Personen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben und in das Sozialversicherungsgebiet nicht einbezogen werden, verhandelt. Abgeordneter Taub kann nicht der Auffassung beipflichten, daß der Unterstüzungsauftrag dieser Personen erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Sozialversicherung ausüben soll. Er müsse aus sozialen Gründen das Verlangen stellen, daß man diesen Personen, die zeitlebens auf die Wohlthaten des Sozialversicherungsgesetzes keinen Anspruch erheben können, die staatliche Unterstüzung schon in einem früheren Zeitpunkt gewährt. Schließlich beantragte Abgeordneter Curik: „Die Regierung wird ersucht, Bericht darüber zu erstatten, wie weit die Vorarbeiten über die Vorlage betreffend die Unterstüzung der über 60 Jahre alten Personen gediehen sind und darüber, auf welchen Grundlagen diese Vorlage ausgearbeitet ist.“ Der Vorsitzende erklärte sich mit dieser Resolution einverstanden.

Es wird nun über die Frage der Versicherung der Lehrlinge gesprochen. Professor Schönbaum erklärt, daß die Ausschließung der Lehrlinge eine schwere finanzielle Belastung bedeuten würde, denn je mehr junge Elemente man der Versicherung entzieht, desto schädlicher für den finanziellen Aufbau der Versicherung. Abgeordneter Traub verweist darauf, daß die Abgeordneten der Koalition an den Grundlagen der Sozialversicherung darrteln, wenn es ihnen paßt, und daß durch die Ausschließung der Lehrlinge der finanzielle Entgang ein gewaltiger wäre.

dem dessen sicher sein: Ewig werden wir Kommunisten die Taktik nicht anwenden.“

Auch bei uns also ist — wie der „Vorwärts“ uns bestätigt — die Einheitsfronttaktik der Kommunisten nur etwas Vorübergehendes, kommt von Moskau anderer Befehl, wird auch in der Tschechoslowakei die kommunistische Einheitsfrontparole zum alten Eisen geworfen werden. Was natürlich schon in einigen Monaten der Fall sein kann und was darum als Feststellung aus kommunistischem Munde wertvoll ist.

Deutschbürgerliche Politik.

Kürzlich fand in Reichenberg eine Tagung des Bundes der Landwirte statt, in der nach einem Referate des Abg. Spina eine Resolution beschlossen wurde, in der folgender bezeichnender Satz enthalten ist: „Eine — von unverantwortlichen und nachgewiesenen unfähigen, die Politik sportsüchtigen treibenden Elementen — propagierte Forderung, die das tschechendeutsche Volk bereits in die größte Not brachte, wird als unsinnig abgelehnt.“

Man wird unschwer erraten, auf wen dieser Satz gemünzt ist und ohne daß eine Partei des ehemaligen Parlamentarischen Verbandes besonders erwähnt ist, schreit auch der Duxer „Tag“, der sich offenbar getroffen fühlt, schon auf. Er wirft den Landbündlern vor, daß sie drei Jahre diese Politik mitgemacht haben und bezeichnen diese Entscheidung als ein Dokument, der Schande. Wir begreifen schon, daß der „Tag“ in diesem Gerate, wenn die Politik seiner Partei beim nächsten Namen genannt wird und wenn dies noch dazu von einem ehemaligen Verbündeten vom jetzigen Parlamentarischen Verband geschieht. Diese Episode kennzeichnet übrigens neuerlich die wunder-

aber dieses „Guthaben“ an die Reparationskommission zediert hat. . . . Womit beiseite nicht gesagt werden soll, daß wir da wirklich etwas zu sehen vermöchten, das man unser Eigentum nennen könnte.

Praktisch hat Oesterreich auf diesen Zwist natürlich nicht den geringsten Einfluß; man wird vielleicht gar nicht daran denken, uns zu fragen, wenn zwischen den alliierten Hauptmächten und der Tschechoslowakei darüber verhandelt wird, wieviel die Tschechoslowakei für das erhaltene Staats- oder Kroneigentum an die Reparationskommission zu zahlen habe. Aber, wieder nur theoretisch betrachtet, könnte eigentlich ohne unsere Zustimmung der Tschechoslowakei ein Nachlaß gar nicht gewährt werden. Wenn ihre Zahlungen „in Anrechnung“ auf unsere Wiedergutmachungsschuld gehen, uns gutzuschreiben sind, so würde ein Nachlaß bei diesen Zahlungen auf unser Konto gehen, zu unserem Schaden erfolgen — je weniger die Tschechoslowakei zahlt, desto mehr bleiben wir schuldig —, und zum Schaden eines Dritten kann natürlich die Reparationskommission nicht verzichten. Sollten wir also, wenn uns ein Einfluß zustände, darauf beharren, daß die Tschechoslowakei viel zahle, damit eben dadurch unsere Wiedergutmachungsschuld stärker vermindert werde? Ganz im Gegenteil, wir müssen lebhaft wünschen, daß die alliierten Mächte der Tschechoslowakei bei dieser „Anleihe“ sehr viel nachlassen. Nicht bloß deshalb, weil wir wissen, daß eine so große Last die Volks- und Staatswirtschaft der Tschechoslowakei unheilbar zerrütten würde und wir natürlich jedem Volke Gedeihen wünschen, sondern auch deshalb, weil die alliierten Mächte, wenn sie der Tschechoslowakei diese Abloseschuld mindern, damit deutlich aussprechen, daß sie an Reparationszahlungen von Oesterreich überhaupt nicht mehr denken; denn wenn sie jemanden Zahlungen erlassen, die er doch für uns zu leisten hat, so sprechen sie aus, daß sie auf Zahlungen von uns überhaupt nicht rechnen. . . . Was ja dem seit Saint-Germain enthüllten Tatbestand, daß nämlich Oesterreich Reparationen nicht zu leisten vermog, nicht etwa jetzt nicht, sondern niemals, und gar keine, ganz genau entsprechen wird.

Für die Tschechoslowakei, und insonderheit für ihren Herrn Benes, der immerzu nach neuen Beträgen Ausschau hält, mit denen die Friedensverträge veranlaßt werden sollen, ergibt die Sache eine große Lehre. Es ist gewiß ungeheuerlich, daß man von der Tschechoslowakei jetzt Zahlungen fordert, die einer förmlichen Kriegsgentgeschädigung gleichkommen und ihre Wirtschaft ruinieren müßten — genau so ungeheuerlich wie es war, daß man dem kleinen Oesterreich, dem man überdies vier Millionen Deutsche gestohlen hat, die Wiedergutmachung der Schäden auferlegen wollte, die das alte Oesterreich, zu dem die Tschechoslowakei gehört hat wie Oesterreich, angerichtet hatte; eine absurde Lächerlichkeit und groteske Gewalttätigkeit, der aber die Tschechoslowakei zugestimmt hat und die sie eigentlich noch erschweren und verschärfen wollte. Und genau so ungerne wie die Vorstellung und das Verlangen, daß Deutschland der ganzen Welt die Schäden eines Weltkrieges ersetzen soll, an dem doch diese ganze Welt mitschuldig ist — eine Ungeheuerlichkeit, die Herr Benes zwar gewiß fühlt, aber in seinem Vertrag mit Frankreich eigentlich verweigern möchte. Vielleicht wird die Tschechoslowakei jetzt erkennen, daß es, nachdem Deutschland die wirklich angerichteten Verwüstungen gutgemacht haben wird, wozu auch jeder verständige und rechtschaffene Mensch in Deutschland bereit ist, wohl das einzig Vernünftige wäre, das Kapitel dieser unmöglichen Reparationen zu schließen und die Tragödie des Krieges nicht in einer Tragikomödie in alle Zukunft weiterzuspinnen. Denn eine Tragikomödie ist es schon, wenn die Mächte, die es sich als Tat und Ruhm zuschreiben, die Tschechoslowakei „befreit“ zu haben, nun diese Tschechoslowakei bis zum Weißbluten auspressen wollen.

Inland.

Der Herikale Kurs.

Gemisse Wälina wegen Religionsstörung zu drei Tagen Arrest verurteilt.

Auffig, 16. Feber. (Eigenbericht.) Im Auffiger „Bozkred“ erschien kurz nach Fronleichnam ein Artikel, der unter dem Titel „Die Schuld des Papstes am Weltkrieg“ das bekannte Ritter-Telegramm, das Fehrenbach-Urteil und im Zusammenhang damit eine Kritik einiger Gebrauche beim Fronleichnamsfeste behandelte. Ueber Einspruch des Stadtdelans Zabolub erhob die Staatsanwaltschaft die Klage wegen Religionsstörung und protestierte gleichzeitig bei der politischen Bezirksverwaltung dagegen, daß der Artikel nicht konfiziert worden war. Am 29. Oktober 1923 fand vor dem Bezirksgericht in Leitmeritz die Verhandlung über diese Klage statt. Gemisse Wälina als verantwortlicher Redakteur des Auffiger „Bozkred“ wurde damals zu einer Geldstrafe von 1000 K. unbedingt verurteilt. Das Gericht erklärte, daß der Tatbestand des Bergchens nach § 203 St.-G. gegeben sei, daß es aber nicht im Sinne der Ausführungen des Staatsanwaltes den Tatbestand des Verbrechens nach § 122 St.-G. erkennen könne. Gegen dieses Urteil erhob sowohl der Angeklagte als auch der Staatsanwalt Rekurs. Am 13. d. M. fand nun vor dem Kreisgerichte in Leitmeritz die Berufungsverhandlung statt. Der Rekurs des Gemisse Wälina wurde abgewiesen, dagegen wurde dem Rekurs des Staatsanwaltes stattgegeben. Nach längerer Beratung erklärte das Berufungsgericht, daß das Verbrechen nach § 122 St.-G. gegeben sei. Das erstinstanzliche Urteil wurde aufgehoben und in ein-

dreitägige Arreststrafe, verschärft durch Haft, umgewandelt. Die Verurteilung erfolgt unbedingt, da ein weiteres Rechtsmittel nicht mehr zulässig ist, ist die Strafe in Rechtskraft getreten.

Die entlaroten Kommunisten.

Der Reichenberger „Vorwärts“ bestätigt in seinem gestrigen Leitartikel, der sich mit unserem Aufsatz über die „kommunistische Selbstentlarotung“ beschäftigt, den von uns charakteristischsten Befehl der Moskauer Exekutive, nach welchem die kommunistische Partei Deutschlands ihre bisher geübte „Einheitsfronttaktik“ aufzugeben und sich nunmehr rückwärtslos der Vernichtung der Sozialdemokratie zu widmen habe. Daß dieser Befehl vorläufig nur für Deutschland Geltung habe, erläutert der „Vorwärts“ in folgender Weise:

„Damit ist aber nicht gesagt, daß wir Kommunisten unsere Einheitsfronttaktik auch in allen anderen Ländern jetzt in gleicher Weise ändern müssen. Bei uns haben die Sozialdemokraten noch nicht Gelegenheit gehabt, sich in den schwersten und entscheidendsten Kämpfen so gründlich zu entlaroten, wie dies in Deutschland der Fall war. Bei uns ist auch leider die Situation noch nicht so revolutionär wie in Deutschland.“

Vorläufig bleibt also bei den Kommunisten in der Tschechoslowakei die Parole der Einheitsfront mit der Sozialdemokratie aufrecht, während die Kommunisten im Reiche zu gleicher Zeit sich anschicken, die dortige Sozialdemokratie zu „vernichten“. Doch dieses Mißverhältnis soll nur kurze Zeit dauern, denn, fügt der „Vorwärts“ hinzu:

„Die Sozialdemokraten können auch hier in der Tschechoslowakei und in allen anderen Län-

deren Wandlungen der deutschbürgerlichen Politik. Was haben wir denn da nicht alles schon erlebt. Das merkwürdigste an der ganzen Sache ist mir, daß alle fünf Parteien des verstorbenen „Verbandes“ nicht müde werden, von der Einigkeit des deutschen Volkes zu predigen und untereinander Proben dieser Einigkeit liefern, daß einem übel wird.

Die Arbeitsgemeinschaft forderte die Selbstverwaltung, wozu die Kampfgemeinschaft beihauptete, ohne Selbstbestimmung gebe es keine Selbstverwaltung und der Programmwechsel der Arbeitsgemeinschaft sei völkischer Verrat am Selbstbestimmungsrecht. Aber nunmehr haben auch die Sakentruer das Selbstbestimmungsrecht zum alten Eisen geworfen. In einer kürzlich im Auffig stattgefundenen sakentruerischen Tagung sprach Dr. Krebs. Er faßte den wichtigsten Teil der nationalsozialistischen „Politik“ folgendermaßen zusammen:

Zusammenfassung aller Deutschen, Zusammenfassung auf gemeinsamen Grundprogramm zu gemeinsamer Arbeit. — Wir wollen die nationale Selbstverwaltung erkämpfen, sie ist das allen Gemeinsame.

Vor vier Jahren wurde der „Verband“ als das Allheilmittel angepriesen. Aber schon nach kurzer Zeit erwies er sich als eine Schale ohne Kern und die Sakentruer in Gemeinschaft mit der Nationalpartei versetzten ihm den Gnadenstoß. Landbändler, Merkale und Deutschdemokraten bildeten die Arbeitsgemeinschaft, während die ehemalige Wahlgemeinschaft die berühmte „Kampfgemeinschaft“ bildete. Die Kampfgemeinschaft erfüllte ihren Zweck, indem Sakentruer und Nationalpartei in heftige Fehde gerieten, die der Kampfgemeinschaft ein vorzeitiges, oder, wenn man will, rechtzeitiges Ende bereiteten. Damit haben also diese merkwürdigen „Sozialisten“ das Selbstbestimmungsrecht endgültig ad acta gelegt und tummeln sich munter im Akwasser der Arbeitsgemeinschaft. Morgen vielleicht haben sie schon wieder ein neues Rezept, das von ihnen übermorgen als untauglich verworfen werden wird. So etwas aber will Politik machen und noch mehr: will ernstgenommen werden.

Landbändlerische Agitationsmethoden.

Die Unverschämtheit der Landbändler ist nicht zu übertreffen. Die Auswahl ihrer Mittel, um Dunne zu fangen, ist mitunter verblüffend. Die famose „Heimstätte“ sucht man mit allen Mitteln zu fördern. Das Gemeindefeind in Seitendorf (Mähren) hat sich nicht scheut, vor kurzem folgende Kundmachung von Haus zu Haus auszugeben:

Gemeindefeind Seitendorf. Schnell weitergeben. Nr. 26 bis Nr. 1.

Kundmachung.

Bodenbewerber, welche dem „Heimstätte“-Berein der deutschen Bodenbewerber in der tschechoslowakischen Republik in Seitendorf b. J., deren gründende Versammlung am 26. Jänner 1924 stattgefunden hat, bis jetzt noch nicht beigetreten sind, wollen sich bis längstens 15. Feber 1924 beim Bürgermeister anmelden.

(Gemeindefeind.)

Der Bürgermeister:

Joh. Sändig.

Diese schamlose Kundmachung bedeutet den offenen Mißbrauch der Gemeindegewalt für Parteizwecke. Die „Heimstätte“ ist eine agrarische Gründung, was der letzte Absatz der Statuten sehr deutlich besagt. Was würde wohl der Herr Bürgermeister Schneider sagen, wenn die Sozialdemokraten für eine ihrer Organisationen durch das Gemeindefeind Propaganda machen lassen wollten? Die Herren Landbändler haben die alte Gewohnheit, die Gemeindefeind zu Agitationszwecken zu machen, noch nicht abgelegt und man kann schon aus diesem einen Beispiel ersehen, wie die Landbändler auf politischen Anstand pfeifen und wie geschäftig sie gegen andersdenkende vorgehen.

Merkale Angst um Dolansky.

Die merkale „Widwe List“ behaupten, daß Justizminister Dr. Dolansky gestern einen Brief erhalten habe, in welchem ihm ein unbekannter Schreiber verspricht, ihn innerhalb einer bestimmten Frist zu erschießen. — „Unter anderen Umständen und in einem anderen Wien“ — schreibt das Blatt — „würden wir über eine solche Kundgebung eines verwirrten Gehirnes lachen, aber das Beispiel Kramars, Daskalows, Rasins ist allzu lehrreich, als daß man die ganze Sache leicht nehmen könnte. Die moralische Verantwortung für diese Drohung tragen die tschechischen sozialistischen Parteien, die derzeit auch Regierungsparteien sind. Diese Parteien schauen gehässig auf den lebhaften Aufstieg der Volkspartei und die wachsende Sympathie des tschechischen Volkes zu dieser Bewegung. Die Volkspartei wäre, wenn nicht der verhängnisvolle Separatismus der slowakischen Volksparteier bestünde schon jetzt das stärkste politische Lager in der Tschechoslowakischen Republik. Dieses Faktum bringt allerdings antikatolische Elemente in unserer Republik in unzurechnungsfähige Wut, welche die Kooperationsarbeit der Volkspartei an der Regierung hindert, daß sie ihre längst gehegten Pläne auf Hervorrufung des schärfsten Kulturkampfes in der Tschechoslowakischen Republik in vollem Umfange nicht durchführen können. Dieser Haß und diese Mißgunst fanden nur wenigstens ein kleines Ventil in dem Falle des Justizministers Dr. Dolansky. Die Minister der Volkspartei waren bisher von verschiedenen Affären und Stan-

dalen verschont, in denen viele Minister anderer Parteien bis über die Ohren steden. Leider Gottes hat die sozialistische Pöbel Fruchte getragen. Die persönliche Sicherheit Dr. Dolanskys ist gefährdet. Dem Justizminister wird mit Erschießen gedroht. Es wird nicht möglich sein, darüber zur Tagesordnung überzugehen, besonders, wenn man sich zum Verwahrlosten bringt, daß es die Koalitions- und Regierungsblätter waren, welche grundlos die Deffektivität gegen ein Mitglied der Koalitionsregierung ausgebeutet und die nach der Spiritusaffäre im Auslande auch der Justiz der tschechoslowakischen Regierung neue Schmach bereitet haben. Der Fall Dr. Dolanskys ist der schändlichste Beweis, was für Verhältnisse in der Koalition herrschen, wie es höchst notwendig ist, daß man endlich mit fester und sicherer Hand zu regieren begänne."

Aus dem Abgeordnetenhaus. Am Dienstag finden nachstehende Sitzungen statt: Immunitätsauschuss um halb drei Uhr nachmittags, Subkomitee über Sozialversicherung um halb drei Uhr nachmittags.

Zur Bodenreform. Das Bodennamt hat mit den koalitierten Parteien Verhandlungen darüber geführt, daß der Uebnahmepreis für Waldboden zu ermäßigen sei. Das Bodennamt behauptet, daß der Uebnahmepreis, der doch in Wirklichkeit nicht ist als eine Konfiskation des Bodens, nicht zu hoch sei und daß die Verstaatlichungsaktion der Wälder dadurch hinausgeschoben werde. Das Bodennamt beabsichtigt eine sehr radikale Preisherabsetzung, so daß es heuer allein an Waldboden 200 Millionen Kronen ersparen will. Die koalitierten Parteien beabsichtigen, diese Gesetzesreform gleichzeitig mit der Reformierung des Bodennamtes durchzuführen.

Ausweisung der Parlamentarier in Karpatenland. Das Amtblatt veröffentlicht die Rundmachung des Ministeriums des Innern über die Ausweisung der Wahlen in die Nationalversammlung in Karpatenland, und zwar die Wahl in des Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis XXIII, und die Wahl in den Senat für den Wahlkreis XIII. Die Wahlen werden am 16. März 1924 stattfinden. Die Wählerlisten werden vom 16. bis inklusive 29. Feber d. J. zur Einsichtnahme aufliegen. Gleichzeitig werden die Parteien, die kandidieren wollen, aufgefordert, je ein Mitglied und einen Erfahmann für die Wahlkommission zu nennen.

Telegramme.

Würger der Pressefreiheit in Deutschland.

Berlin, 16. Feber. (Eigenbericht.) Der Reichswehrminister Geßler hat den Reichsjustizminister erucht, gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Rauter, ein Verfahren wegen Landesverrat einzuleiten. Der Landesverrat wird darin gesehen, daß in der Weihnachtsnummer des „Vorwärts“ in einem Leitartikel die Befestigung des Ausnahmezustandes gefordert und zur Begründung die Ausführungen des früheren sächsischen Innenministers Lipinsky hingewiesen wurde, der von einem Zusammenhang der Reichswehr mit den illegalen Formationen sprach und behauptete, daß die Reichsregierung mit der sächsischen Regierung nicht ebenso auf dem Verhandlungswege sich zu einigen versucht habe wie mit Bayern. Nur deshalb sei es zu den öffentlichen Aeußerungen Zeigners über die Reichswehr gekommen. Neben dem „Vorwärts“ ist auch „Die Welt am Montag“ wegen eines ähnlichen Verbrochens unter die Anklage des Landesverrates gestellt worden. Auch gegen die „Frankfurter Zeitung“ ist ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrates eröffnet worden.

Denen der Ausnahmezustand gut anhängt!

Die Militärdiktatur im Dienste der Unternehmer.

Dresden, 16. Feber. Die Deutschnationalen, die deutsche Volkspartei, der Verband sächsischer Industrieller, der Landesverband der Ausschüsse für das sächsische Handwerk und andere Vereinigungen haben in Telegrammen an die Reichsregierung die Beibehaltung des Ausnahmezustandes für Sachsen verlangt, und zwar angesichts der „besonderen“ Verhältnisse, die hier seit Jahresfrist obwalten, und da keine Gewähr gegeben sei, daß nicht nach Abzug der Reichswehr sofort wieder Unruhen wie im vorigen Jahre ausbrechen. Vor allem wird verlangt, daß der Ausnahmezustand noch solange aufrechterhalten bleibt, bis die Hilfspolizei umorganisiert und gewährleistet ist, daß sie vom sächsischen Staat übernommen wird. Sie ist bisher von der Reichswehr eingerichtet und bezohlt worden.

Ein sozialistenfeindliches Regime in Thüringen.

Berlin, 16. Feber. (Eigenbericht.) Zu dem bevorstehenden Zusammentritt des Thüringer Landtages wird in den rechtsbürgerlichen Kreisen mit allen Mitteln auf die Bildung einer rein bürgerlichen antimaximalistischen Regierung hingearbeitet. Die größte Fraktion des Thüringer Ordnungsbundes, der sogenannte Landbund, hat den Beschluß gefaßt, daß eine neue Regierung gebildet werden müsse, die an der Verantwortlichkeit für die Vergangenheit nicht beteiligt sei. Das ist eine glatte Abfage an die Pläne auf Bildung einer

großen Koalition, welche die demokratische Berliner Presse vertreten hat. Es soll die Absicht bestehen, das Ministerium mit Beamten zu besetzen. Zum Präsidenten des Thüringer Landtages soll ein Vertreter des Thüringer Landbundes gewählt werden.

Verhärzung im Lohnkampf der Wiener Bankbeamten.

Montag Streikbeginn bei vier Großbanken.

Wien, 16. Feber. (Eigenbericht.) Der Streik der Bankbeamten wird am Montag früh beginnen. Heute waren die Bankbeamten verständigt worden, daß sie abends noch zu Verhandlungen eingeladen würden. Als sie auf eine Einladung um halb zehn Uhr in den Bankverband kamen, wurde ihnen eine schriftliche Note überreicht, worin der Bankverband es ablehnt, irgendwelche Konzessionen zu machen, da die Beamten auf einer generellen Erhöhung der Bezüge bestanden hätten, so daß die Möglichkeit einer Einigung nicht gegeben sei. Die Angestellten werden morgen noch eine Betriebsrätekonferenz haben, die aber unter solchen Umständen nur den Streik in den vier Großbanken beschließen wird.

Heute nachmittags fand ein Demonstrationzug der Bank- und Sparkassenbeamten und der Bankgehilfen über die Ringstraße statt, an der 10.000 Personen teilnahmen. Vorausgegangen war eine Versammlung in der Volkshalle, in der die Mitteilung gemacht wurde, daß Montag in der Anglobank, Unionbank, Depositenbank und Verkehrsbank der Streik einsetzt.

Leuerungswirbel in Budapest.

Budapest, 16. Feber. (Eigenbericht.) Die Leuerung nimmt unheimliche Dimensionen an. Die Preise der allernotwendigsten Lebensmittel sind von gestern auf heute um 50 Prozent gestiegen; viele Geschäfte blieben überhaupt geschlossen. Oppositionelle Politiker fordern in den Abendblättern den Rücktritt des Finanzministers Kallay; auch in offiziellen Kreisen rechnet man mit der Abdankung Kallays, doch glaubt man, daß ihn der Ministerpräsident wegen der Anleihefrage halten wird.

Die Helmat der Bomben und Rakietenmesser.

Budapest, 16. Feber. (Eigenbericht.) Die Polizei verhaftete heute sechs junge Leute, die Mitglieder jenes „Blut-Gerichtes“ sind, welches der verhaftete Morff in der Franzensgasse eingerichtet hat. Die Polizei erhält jetzt zahlreiche Drohbriefe mit der Unterschrift: „Das 101-Komitee“, worin den führenden Polizeibeamten für den Fall, daß die verhafteten Missetäter nicht sofort auf freien Fuß gesetzt werden, mit dem Tode gedroht wird.

Die tschechische Krone notiert in:

New York	100 Kč	Dollar	2.9100
Paris	100	Frank	16.7000
Berlin	1	Mark	122.000.000.0000
Wien	1	Skr.	2.06200

Tages-Neuigkeiten.

Ausgerechnet Bananen.

Dieses lupide Lied ist zum beliebtesten Schlag der diversen Kulturzentren von Europa geworden. Und da es alle Schusterbuben auf den Straßen pfeifen, glaubt auch die bürgerliche Schmodpresse, sie dürfe keinen Anlaß vorübergehen lassen, ohne ihre Leser nicht irgendwie daran zu erinnern, daß auch sie im Besitz aller Eigenschaften der neuesten Zeit sei und daß ihre die verblöhdenden und verblöhdeten Bananen in Fleisch und Blut übergegangen sind. Der Typus eines solchen Bananenblattes ist die „Prager Abendzeitung“. Gestern beispielsweise berichtete das Blatt, da, für die Politik zwischen Pulverturn und Alt-Neuphagoge verantwortlich ist, daß in einer französischen Stadt ein Mann — mit Geist vom Geiste der „Prager Abendzeitung“ — auf eigenen, lektwilligen Wunsch unter den Klängen des Bananenliedes bestattet wurde, was sicherlich einen außerordentlichen Triumph der Menschheit darstellt. Nach den zweifellos zuverlässigen Informationen der „Prager Abendzeitung“ hieß jener Mann T a n t o t. Man spreche dieses Wort aus, wie es geschrieben wird und sei dann davon überzeugt, daß nach Beendigung dieser Schimnnymusik am Grabe T a n t o t d a n n t o t war. Die Bananenbegeisterung der „Prager Abendzeitung“, deren Gemütsrobheit wir übrigens schon an einigen Beispielen aufgezeigt haben, geht soweit, daß sie diesen Gassenhauer selbst mit tragischen Ereignissen in Zusammenhang bringt. So meldete dieses proklamtische Käseblatt in eben derselben Nummer unter dem Titel „Ausgerechnet...“, daß irgendwo bei Neapel ein Bauer von seinem Schwein, das auf seinen Kopf fiel, getötet worden sei. Von der orientalistischen Phantasie des Abendblatt-Redakteurs kann man sich eine ungefähre Vorstellung machen, wenn man liest, daß das genannte Schwein sich durch die Gitter eines Balkons des zweiten Stockwerkes eines Hauses hindurchgezwängt hatte und so auf die Straße gefallen war. Welches niedliches Ferkelchen muß das doch gewesen sein,

das zwischen den Bitterstäben hindurch konnte! Ein ganz kleines Ding und doch traf es den Bauer tödlich... Aber schließlich wäre in jener Welt, die Lote unter den Klängen des Bananenliedes bestattet, auch der Umstand nicht besonders verwunderlich, daß Schweine, deren Ställe doch gewöhnlich anderswo stehen, sich hier und da unter Bewohnern des zweiten Stockwerkes aufhalten... Die „Prager Abendzeitung“ fußt sich zur Zoologie überhaupt besonders hingezogen. Das geht auch aus einer weiteren Notiz derselben Nummer desselben Blattes hervor, in welcher ernsthaft erzählt wird, daß eine Brandstifterin vor Gericht sich damit verteidigt hätte, sie hätte das betreffende Haus nur angezündet, um die vielen Wanzen zu beseitigen, die sie geplagt haben...! Also hätten wir alles schön beisammen, Bananen, Schweine und Wanzen. Ueber die Blattläuse erzählt die „Prager Abendzeitung“ selber nichts.

Zur antk-Amens Sarkophag.

Das geöffnete Pharaonengrab.

Der moderne Forscherdrang hat nun auch das Allerheiligste der Ruhestätte des Königs eröffnet, und den profanen Augen der Archäologen hat sich Tut antk-Amens Mumie erschleiert, die vor 3200 Jahren in der Tiefe des Berges für alle Ewigkeit beigelegt worden war. 3200 Jahre! Nur schwer vermag sich der schnellebige Mensch unserer Tage die rechte Vorstellung von der Länge dieses Zeitraumes zu machen. Als König Tut antk-Amen im sonnigen Niland jugendfrisch das Szepter schwang, wußte die damalige Kulturwelt, die sich eng um das östliche Mittelmeer, um die Länder am Nil, Jordan, Cyprien und Tigris gruppierte, nichts vom Lande der Germanen, der Gallier und Britannier, wo man noch im Steinzeitalter war. Die damaligen Weltstädte waren Babylon und Ninive, von denen heute kein Stein mehr auf dem anderen steht. Gewiß haben die Priester des Gottes Amon, zu dem der junge Pharaos sich wieder bekannte, geglaubt, das Pharaonenreich werde in seiner Macht und seinem Schimmernden Glanz in alle Ewigkeit dauern, und wenn man auch nicht weiß, ob sie diesen Begriff der Ewigkeit so verstanden haben wie unsere Zeit, so darf man doch annehmen, daß ihnen ein Zeitraum von mehr als drei Jahrtausenden in ihrer begrenzten Vorstellung vom Weltbild schon als unendlich, als ewig erschienen wäre. Deshalb ist es trüch, heute von einer Schändung der Totenruhe dieses Herrschers zu sprechen, dessen Zeitalter selbst schon seit Jahrtausenden versunken ist. Noch trüchter aber ist das abergläubische Gerede von der Rache des Pharaos, der angeblich jeden mit dem Tode bedrohe, der es wage, seine ewige Ruhe zu stören. Freilich hat der Tod Lord Carnarvons, des Entdeckers dieses noch unerforschten gebliebenen Pharaonengrabes, dem Aberglauben Nahrung gegeben, und nachdem noch einige Persönlichkeiten gestorben sind, die mittelbar oder unmittelbar an den Ausgrabungen in Luxor beteiligt gewesen sind, wird das Gerede von der Rache des Pharaos so bald nicht verstummen. Trotzdem darf die moderne Archäologie Genugtuung über die großartigen Ergebnisse der jüngsten Ausgrabungen empfinden. Man möge die sterblichen Ueberreste des Königs an Ort und Stelle lassen, das unterirdische Grabmal gegen jede Gefährdung durch klimatische Einflüsse, durch Räuber und Vorkühige sichern und nur berufenen Forschern den Zutritt gestatten.

Ob der nunmehr geöffnete Sarkophag besondere Aufschlüsse über Leben und Taten Tut antk-Amens geben wird, weiß man noch nicht. Es ist auch noch nicht bekannt, ob sich in der jetzt geöffneten inneren Grabkammer noch derartige Anhaltspunkte vorgefunden haben. Kennen wir doch noch nicht einmal genau das Alter dieses Pharaos, von dem wir nur wissen, daß er ein Schwiegersohn von Amenophis IV. war, jenem König, der an die Stelle des alten Götterglaubens der Ägypter eine neue Religion setzte, die Verehrung Atons, des Sonnengötters. Amenophis änderte demgemäß auch seinen Namen in Echnaton; er schuf sich eine neue Residenz in El-Amarna und ging mit Gewalt gegen die Bekenner des alten Glaubens vor. Ihm folgte als Pharaos der Gatte einer seiner Töchter, von dem wir aber nichts weiter wissen und der sicherlich nur ganz kurze Zeit regiert haben kann. Dessen Nachfolger wurde Tut antk-Amen, der Gatte einer der jüngeren Töchter von Amenophis IV., der ohne männliche Leibeserben gestorben war. Er hieß ursprünglich Tut antk-Aton, was soviel heißt wie das schöne Ebenbild des Aton. Unter seiner Regierung entstand eine starke Bewegung gegen den neuen Glauben, geschürt sicherlich von den Amonpriestern, die gewiß noch großen Rückhalt beim Volk hatten. Wohl um dieser Bewegung, die sich sonst leicht gegen seinen Thron und sein Leben hätte richten können, die Spitze abzubringen, setzte der neue Pharaos die alten Götter und ihre Priester wieder in die früheren Rechte ein; er selbst änderte seinen Namen in Tut antk-Amen und verlegte auch die Residenz von El-Amarna wieder nach Theben. Auch Tut antk-Amen kann nach den bisherigen Forschungen nicht lange, höchstens etwa sechs Jahre regiert haben; aber der außerordentliche Reichtum an Schätzen aller Art, der mit der Leiche des Pharaos begraben wurde, und die vielfach bewundernswürdige kunstgewerbliche Durchbildung der zahlreichen Gegenstände die man in seinem Grab gefunden hat, lassen mit großer Sicherheit darauf schließen, daß unter der Herrschaft dieses Königs das Ägyptenland in hoher Blüte stand und sich großen Reichtums erfreute. Die Öffnung des Sarkophags hat ja auch gezeigt, daß Gold zu jener Zeit in großen Mengen vorhanden gewesen sein muß, ist doch die innerste Hülle der Königsmumie in Gestalt einer Statue gearbeitet, deren Kopf aus reinem Golde gemischt ist.

Wie aus Luxor gemeldet wird, hat Carter, der das Grabgewölbe Tut antk-Amens geöffnet hat, sich

zur Schließung des Gewölbes entschlossen, weil das ägyptische Arbeitsministerium ihn bei seinen Nachforschungen zu sehr behinderte. Carter beschwert sich über den Mangel an Höflichkeit der ägyptischen Behörden. Er verzichtet unter diesen Umständen darauf, seine wissenschaftlichen Nachforschungen fortzusetzen.

Nach einer weiteren Meldung aus Luxor wurde dem Leiter der Ausgrabungsarbeiten am Grabe Tutankhamens, Carter, gelegentlich eines Besuchs, den er erhielt, von der örtlichen Polizei ein schriftlicher Befehl der ägyptischen Regierung vorgelegt, daß niemand, wer es auch sei, zum Grabe zugelassen werden solle.

Die Grabstätte Tutankhamens ist, wie aus Luxor gemeldet wird, in bewundernswürdiger Weise von Fachleuten für die britische Reichsausstellung in Wembley nachgebaut worden. Diese Arbeit führte der berühmte Baubildhauer Kromer unter Aufsicht Weigalls durch, welcher bei der Öffnung der Grabstätte zugegen war. Die wunderbaren Lehnstühle aus Elfenbein und Ebenholz, die liegenden Löwen und Kühle, die goldenen Wagen und Truhen, die großen Mosaikmosaiken für Räucherwerk, das alles wurde getreulich nachgeahmt. Die Grabstätte wird aus drei Kammlichkeiten bestehen, von denen jede den Umfang der ursprünglichen Grabstätte besitzen wird. Im Vorraale werden goldene Truhen, Truhen und Wagenräder aufgestellt sein, so wie diese Gegenstände in der Luxorgrabstätte vorgefunden wurden.

Hauptversammlung der Deutschen Völkerbundliga. Am 12. März 1924 findet um 8 Uhr abends im Spiegelsaal des „Deutschen Hauses“ die erste ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Liga für Völkerverständigung und Völkerverständigung in der Tschechoslowakischen Republik statt.

Die Freiheitstage. Ein Genosse schreibt uns: 35 Milliarden tschechischer Kronen, 35.000.000.000 Kö also soll nach den Aeußerungen des Außenministers Dr. Benes die Tschechoslowakische Republik an die Verbündeten Staaten zahlen zum Danke für die „Befreiung“. 35 Milliarden mindestens soll die Tage betragen für die Geburtshilfe, die dem Staate in seiner Stunde geleistet wurde. 35 Milliarden soll das Staatsvolk bloß dafür zahlen, daß es das berühmte „Pläschen an der Sonne“ zugewiesen erhielt. Nicht das Staatsvolk allein, nicht die Herrennation, von der Herr Dr. K r a m a k vor einem halben Jahrzehnte sprach, wird allein zahlen. Dem Dr. Kramak und dem Dr. Mareš und allen Herren aus der Herrennation wird es recht sein, daß auch die anderen zahlen dürfen. 35 Milliarden verlangen die Alliierten von ihrem Lieblinge, d. h., die Leistung beträgt auf den Kopf der Bevölkerung des Staates rund 2700 Kronen! Lasset sich die guten großen Freunde, läßt sich vor allem Frankreich, mit dem wir verbunden bleiben „in guten und in schlimmen Tagen“, die Hilfe nicht allzu wucherisch bezahlen? Das Blut der Legionäre, das 3. B. am Chemin des Dames, dem Dammitwege, vergossen worden ist, wird eben nicht in Rechnung gestellt. Mit Blut rechnet man nicht; auf dem Rechnungsbuche der Entente diplomatie haben nur Kronen Wert, ganz besonders, wenn mit Milliarden gerechnet werden kann.

Die Salgo Tarjan-Frage endgültig geregelt. Die durch den Beschluß des Völkerbundes bereits im April des Vorjahres Ungarn zugesprochenen Gemeinden Somoskő-Ujfaló und Camoskő nächst Salgo Tarjan sind Freitag von den tschechoslowakischen Behörden den ungarischen Behörden übergeben worden.

Mordanklage der tschechischen Regierung gegen einen Wiener Kaufmann. Die Wiener „Stunde“ meldet: Gegen einen in Wien ansässigen Kaufmann ist eine Untersuchung wegen Mordes beim Landesgericht II anhängig. Es betrifft einen ganz ungewöhnlichen Fall, der bis in die Kriegszeit zurückreicht. Der Beschuldigte soll im Jahre 1914 gleich bei Kriegsbeginn, wo er als Offizier eingerückt war, einem neuternden Dragoner einen Schlag mit dem Säbel verfehlt haben, an dessen Folgen der Soldat gestorben ist. Seither sind nahezu zehn Jahre vergangen und nun verlangt die tschechoslowakische Regierung im diplomatischen Wege die Einleitung der Untersuchung gegen den früheren Offizier wegen Mordes und die Staatsanwaltschaft hat den Antrag auf Einleitung von Vorerhebungen eingebracht und die Durchführung von Beweisen angeordnet.

Die Zahl der katholischen Priester sinkt nach einer Mitteilung der „Libove Roviny“ in den einzelnen tschechischen Diözesen ständig, so daß, falls das Tempo der Abgänge weiter andauert, die Hälfte der Pfarren, aber auch der Schulen innerhalb von fünf Jahren ohne katholische Priester sein würde.

Der Frauen- und Kinderhandel. Die vom Völkerbundrat beauftragten Spezialisten, die die Aufgabe haben, mit Zustimmung und Hilfe der beteiligten Länder eine Untersuchung über die Bedingungen anzustellen, unter welchen der Frauen- und Kinderhandel vor sich geht, wird in Genf am 1. April zusammentreten, um das Arbeitsprogramm aufzustellen. Das Komitee wird unter dem Vorsitz des Obersten William Snow, des Direktors des amerikanischen Bureaus für soziale Hygiene, togen und aus englischen, italienischen und belgischen Delegierten, Schweizern und Vertretern Uruguays zusammengesetzt sein. Das amerikanische Amt für soziale Hygiene wird für Zwecke dieser Untersuchung 75.000 Dollars beitragen. Die beratende Völkerbundskommission für die Behandlung dieses Problems wird sofort nach Abschluß der Arbeiten des Spezialistenkomitees, u. zw. am 7. April, zusammentreten.

Ein wichtiger Fortschritt in der Bekämpfung des Krebses. „Evening Standard“ erfährt, daß ein wichtiger Fortschritt in der Bekämpfung des Krebses gemacht wurde, u. zw. infolge der Forschungen des Londoner Sachverständigen für tropische Krankheiten Dr. Louis Sambon. Die englische Regierung beauftragte Sambon damit, behufs diesbezüglicher Forschungen die adriatische Küste Italens, wo diese Krankheit in einigen Teilen ungewöhnlich stark verbreitet ist, zu besuchen. Sambon ist es gelungen, die Ursachen des Krebses bei der Bevölkerung aufzuklären und seine auf Forschungen begründeten Gedanken werden vielleicht eher zur Verhütung als zu seiner Heilung selbst führen. Einige von Sambon besuchte Bezirke waren für seine Tätigkeit besonders günstig. Er fand in einem Dorfe z. B. 500 an Krebs leidende Bewohner und in einem zweiten litt nahezu die gesamte Bevölkerung an dieser Krankheit. Demgegenüber war in davon nicht zu weit entfernten Dörfern seit 20 Jahren auch nicht ein einziger Fall dieser Krankheit bekannt. Es besteht die Hoffnung, daß die Untersuchungen Dr. Sambons die Forschung auf den richtigen Weg führen.

Trophis Erkrankung. Der ehemalige Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der ukrainischen Sowjetrepublik Manujskij hielt in einer Arbeiterversammlung in Moskau eine Rede über die internationale Lage. Auf die Frage, was mit Trophisei, gab Manujskij folgende Antwort: Trophisei tritt zur Zeit in Suchum-Kale (ein bekannter Kurort im Kaukasus). Trophisei ist nach den Anzeichen der Nerzie an vollständiger Entkräftung, Schwächung der Herztätigkeit, Tuberkulose der Bronchien, Neurasthenie und Magenstörungen erkrankt. Manujskij erklärte, Trophisei bedürfe gegenwärtig völliger Ruhe, werde sich aber in einigen Monaten erholen. — Der Volkskommissar für Gesundheitswesen der russischen sozialistischen-föderativen Sowjetrepublik Semaschko erklärte bezüglich der Krankheit Trophisei, die Erkrankung der Bronchien sei die Folge einer Grippe. Das Befinden Trophisei bessere sich aber und es sei möglich, daß er noch früher, als die Nerzie erwarten, wieder vollständig hergestellt sein wird.

Erdbeben in Dalmatien. In Zara wurde Donnerstag um 23 Uhr neuerlich ein starker Erdstoß verspürt. Der Schaden ist gering. In den letzten 30 Tagen wurden in Zara 40 Erdstöße gezählt.

In der Adelsberger Grotte wurde am Donnerstag nach vierjähriger Arbeit der Stollen der neuen Galerie Portarelli durchgehoben, der von der Galerie in die Hauptgrotte führt. Die beiden Teile sind durch einen sieben Kilometer langen Erdgang verbunden.

Die amerikanische Flugexpedition zum Nordpol unterbleibt? Präsident Coolidge hat beschlossen, daß die Vorbereitungen für eine Flugexpedition in die Polargegenden aus Sparmaßregeln vorläufig eingestellt werden sollen. Die Frage der Expedition soll dem Kongresse vorgelegt werden.

Wetterübersicht vom 16. Feber. Die Luftdruckzunahme hört über fast ganz Europa an, unternormal ist der Luftdruck nur noch in Süd-Osteuropa und in Nord-Scandinavien. Die Schneefälle sind daher am Freitag in der Republik schwächer geworden, am Samstag morgens herrschte auch in der Ost-Slowakei, wo die Temperatur Freitag noch über Null Grad lag, (Kaschau Plus 3 Grad Celsius), wiederum Frost. In den tieferen Lagen ist jedoch die Temperatur nirgends unter -10 Grad Celsius gefallen. (Eger -9 Grad Celsius). Bei fortschreitender Wetterbesserung ist ein leichtes Anziehen der Kälte zu erwarten. Wahrscheinliches Wetter von heute: Weitere Besserung des Wetters, von den Niederungen neblig, Fröste, schwache Luftbewegung.

Kleine Chronik. Bilder aus Marokko.

Bekanntlich hat in der jüngsten Zeit die Erforschung von unbewohnten und bisher kaum betretenen Gebieten mittels Automobile recht gute Erfolge gezeigt, so kürzlich die glückliche Durchquerung der Sahara. Der Korrespondent der „Times“ in Tanger schildert unlängst seinem Blatte eine Reiseschilderung aus französisch-Marokko, wo die Autofahrten das Stadium des gefährlichen und unsicheren Experimentes „Jugends der Wissenschaft“ bereits überwinden und sich zu einem allerdings noch immer genügend abenteuerlichen Sport gewandelt haben. Aus dem anschaulichen Reisebericht geben wir nachstehend einige besonders charakteristische und interessante Stellen wieder:

„Man kann alle biblischen Typen in Marokko finden: Abraham vor seinem Zelt aus schwarzen Ziegenhaaren, von Herden umgeben; Josef in seinem weißfarbigen Rod; Mordachai und Esther und Rebecka — die auch heute noch so heißen; ja, wer in den Städten mit offenen Augen umhergeht, kann wohl auch einen Mid-Krebs aus einem hochgelegenen Fenster erschauen. . . In der Dämmerung zieht eine Gruppe vorüber: ein Mann, müde, zu Fuß; eine Frau, auf einem Esel reitend, ihr Kind im Arm — wird man nicht durch diesen Kassidischen Anblick an die Flucht aus Ägypten erinnert? Leiser Singen ertönt hinter verriegelten Türen, begleitet vom melodischen Geräusch der Tamburinen und des Frauenstehens. . . Marokko ist in eine wunderbare Atmosphäre getaucht: es ist nicht ganz Orient, aber auch nicht ganz Afrika. Im Winter und Frühling glänzt die Luft in smaragdgrünem Grün, die Palme schließt mächtig empor; im Mai wogen die Kornfelder mit goldenem Segen, — aber einige Wochen später ist der Boden

bereits kahl, durch die Strahlen der unerbittlichen Sonne rot und braun, gelb und schwarz gefengt; im Herbst sehen die Regenfälle ein, die Landleute beginnen zu pflügen, und langsam ziehen die Kamelkarren über die Pflugschur durch das geschmeidige, vom Regen süßsam gewordene Erdreich. . . Und rasch wachst die Welt wieder auf. Die Störche kehren zurück und suchen ihre Nester auf den Minaretten und den Mauerzinnen auf. Die Nachtigall läßt ihr schätzbares Liebeslied in den Orangengärten ertönen, — aber auch die Frösche lassen im Chor ihr häßliches Quaken erschallen.

So nimmt diese marokkanische Welt ihren alten Lauf, unbelümmert um die Veränderungen, die die westliche Kultur in ihr hervorgerufen hat. Automobile und Aeroplane ertönen kaum mehr das Interesse der Eingeborenen. In den Städten kann der Europäer, im Bewußtsein, einen Anadromismus zu bilden, ruhig durch die dichtgedrängten Straßen gehen, ohne daß man von ihm Notiz nimmt; für das Volk nichts weiter als eine Figur mehr auf der Bühne — eine andere Puppe in der Hand des Schicksals — wie sie selbst, ein Kind des „Risikums“. „Gestern war gestern“, heißt es, „und heute ist heute. Aber gestern und heute und morgen gehören Gott — und Gott ist groß. . .“

Mythik und Romantik weben noch über die weiten Ebenen — über die schneebedeckten Gipfel der Berge und in der Düsternis der hochgewachsenen Gebirgsbänder; in den engen Gassen der Städte — aber vor allem in den tiefdunklen Augen des Volkes; Augen, die so wenig sagen und so viel verbergen. . . Zwischen diesen Söhnen des Ostens und uns liegt eine tiefe Kluft, die nur die Phantasie zu überbrücken vermag; aber auch die Einbildungskraft erweist sich als zu schwach dazu, die Geheimnisse ihrer Herzen und ihrer Gedanken zu ergründen. Gott schuf diese Völker des Orients so, wie sie sind — und wir, in unserer annähernden Ueberheblichkeit, wagen es, zu denken, es sei unsere Pflicht, in Gottes Handwerk zu händeln. Sind wir im Recht oder Unrecht? Ein schwieriges Problem.

Noch eine andere schwere Frage harret in Marokko der Lösung: wozin man gehen und wo man bleiben soll. Denn die französische Regierung hat erstklassige Straßen, und Gesellschaften haben komfortable Hotels erbauen lassen. Die Reiseerleichterungen sind ausgezeichnet. Französisch-Marokko hat den Reisenden seine Tore geöffnet und was es zu bieten hat, ist wohl des Schönen wert. Denn eine neue Welt hat sich da erschlossen, d. h. eine sehr alte, die sich neu offenbart, war doch in den vergangenen Jahrhunderten der Weg noch nicht offen. Für den Motorfahrer sind die Grenzen in unermessliche Fernen gerückt, und der Künstler findet mehr, als Auge und Geist fassen können. Der Orientalist steht sich der Romantik einer frühen Zivilisation gegenüber, die noch unberührt und unberührt ist. Der Politiker hat in den Problemen der Administration reichen Stoff zur Betätigung. Leben, Arbeit und Verkehr sind wesentlich vereinfacht: hat man einmal Casablanca erreicht — von Gibraltar ist die Verbindung ausgezeichnet — ist alles übrige ein Kinderspiel. Nach jeder Richtung führen gute Wege und die Beförderung per Auto von einfacher bis luxuriöser Einrichtung ist zu erstaunlich billigen Preisen rasch und zuverlässig. Dabei kann man sowohl in Gesellschaft als auch „solo“ die Abenteuer der marokkanischen Landchaft genießen. Jede Nationalität findet die ihr am besten zusagenden „Simousinen“ und das bunte Gewimmel der Europäer. Araber und eingeborenen Juden unter dem Luten der Snyen erweckt den Eindruck eines anachronistischen Zeitbildes in unserem aufstrebenden Jahrhundert.

Gerichtssaal. Unbedingte Verurteilung

von Arbeitern, bedingte Verurteilung eines Streikbrechers.

Das Kreisgericht in Tschischin verurteilte diese Woche drei Arbeiter aus Schaghar, welche wegen der Vorfälle während des Streikes bei der Firma Buhl wegen Vergehen des Anlaufes angeklagt waren, zu sieben Tagen Arrest unbeding. Zwei Arbeiter wurden freigesprochen. Einige Arbeiter, die wegen öffentlicher Gewalttätigkeit angeklagt waren, erlitten sechs Wochen unbedingten Arrest. Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist folgende: Anfang August vorigen Jahres kam es vor dem Betriebe Buhl zu nachstehendem Vorfall: Ein Streikposten wollte durch gütiges Bureden verhindern, daß der Sohn des Streikbrechers Fiedler, welcher gar nicht im Betriebe beschäftigt war, in den Betrieb gehe, um Streikarbeiten zu verrichten. Während der Streikposten den Mann zu überreden versuchte, den Betrieb zu meiden, wurde er von diesem und seinem Vater erfaßt, mit Gewalt in den Fabrikshof gezerrt und — bevor ihm seine Kollegen zu Hilfe kommen konnten — schwer mißhandelt. In schwerverlettem Zustande begab sich der junge Mann zur Gendarmerie und erstattete die Anzeige wegen der erlittenen Mißhandlung. Die Gendarmen erklärten jedoch, keinen Grund zum Einreiten zu haben; der Mann möge sich an das Gericht mit einer Ehrenbeleidigungsklage (!) wenden. Kurz darauf kamen die beiden Fiedler, welche den Streikposten heimlich niedergeschlagen hatten, zur Gendarmerie und zeigten den Mißhandelten wegen gefährlicher Drohung an. Ihrer Anzeige wurde sofort Rechnung getragen; der Streikposten wurde sofort verhaftet. Der Arbeiter konnte, durch die erlittene Mißhandlung erschöpft, jedoch kaum gehen und seine Hände bluteten, als er von den Gendarmen weggeschleppt wurde. Auf der Straße sammelten sich einige hundert Menschen an, Stellende und Nichtstehende, und verlangten von der Gendarmerie, daß der geschlagene Streikposten nicht dem Gericht, sondern dem Krankehaus übergeben werde. Da sich jedoch die Gendarmen weigerten, den verletzten

Arbeiter dem Krankenhaus zu übergeben, kam es zwischen ihnen und den angekommenen Arbeitern zu Auseinandersetzungen. Durch die Forderungen der Gendarmerie und das freche provokatorische Benehmen des Streikbrechers wüßte es fast zu einem großen Blutbad gekommen.

Vor Gericht nun wurde der Streikbrecher Fiedler zu drei Tagen bedingten Arrest verurteilt, während die Arbeiter, die den Mißhandelten schuldig wußten, zu den eingangs zitierten Strafen verurteilt wurden.

Volkswirtschaft. Elektrizität und Volkswirtschaft.

Eines der wichtigsten Probleme für die Volkswirtschaft ist die Ausnutzung der Wasserkräfte zur Erzeugung elektrischer Energie. Diese Ausnutzung erpärt ungemein viel Kohle und liefert die elektrische Energie bedeutend billiger, welcher Umstand die Konkurrenzfähigkeit der Industrie steigert und ihre Produktion verbilligt. Ob am Warenmarkte die Verbilligung fühlbar wird, ist natürlich eine andere Sache und hat auch vorläufig mit dem Problem der Ausnutzung der Wasserkräfte nicht zu tun.

Oesterreich, das in den Alpenländern ungewöhnlich viele Wasserkräfte zur Verfügung hat, deren Ausnutzung nicht so schwierig ist und gewaltige Energiemengen erzeugen kann, hatte bereits bis zum Jahre 1910 über 100 Projekte der wasserrechtlichen Verhandlung zugeführt und eine Anzahl Optionsverträge abgeschlossen. Gesichert waren die Wasserkräfte der Rosanna und Trianna (Nalburg) der Gosauwerke (Oberösterreich, Streck-Attau-Steinach) und der Eisad- und Abfischwerke (Südbahn). Bei diesen Projekten handelt es sich vor allem um die Elektrifizierung der Bahnen, die heute um so aktueller geworden ist, da Oesterreich bei seinem Kohlenbedarf nur auf das Ausland angewiesen ist und trachten muß, den Bahnbetrieb so weit als möglich vom Heizmaterial unabhängig zu machen. Was nun die Rentabilität betrifft, so liegen eine ganze Reihe von beweiskräftigen Berechnungen verschiedener ausländischer Gesellschaften und Ingenieure vor. Diese Berechnungen kommen ausnahmslos zu dem Schluß, daß bei elektrischem Betrieb wesentlich geringere Zugkosten vorhanden seien, als beim Dampfbetrieb. Bei letzterem entstehen größere Kosten für Lokomotivschuppen; die Entfernung der Asche aus den Aschengruben, das Aufladen der Kohle auf die Maschine, die Zufuhr und Aufbewahrung von Sand, die Heizung und das Wasser kosten große Summen, die beim elektrischen Betrieb fast völlig wegfallen.

Die größere Billigkeit des elektrischen Betriebes ist jedoch nicht der einzige Faktor der für die Elektrifizierung der Bahn in Betracht kommt. Es sprechen noch weitere Vorzüge dafür und zwar: 1. Erhöhung der Geschwindigkeit und damit gleichzeitig der Verkehrsdichtigkeit. 2. Größere Verkehrssicherheit. 3. Größere Pünktlichkeit bei Einhaltung des Fahrplanes. (Aufenthalte für Wassernehmen, Feuerreinigung, Kohlenaufladung entfallen.) 4. Der Dienst für das Fahrpersonal einfacher und leichter. 5. Schädlicher Rauch und Ruß entfallen, was in längeren Tunnels besonders vorteilhaft ist. 6. Brände durch Funkenflug fallen weg. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus ist die Ausnutzung der Wasserkräfte für die Elektrifizierung der Bahnen und der Industrie von großem Vorteil. Die Zahlungsbilanz könnte bedeutend verbessert und dem Staate große Mittel zugeführt werden.

Allerdings stehen diesen Vorteilen auch Nachteile bei der Elektrifizierung der Bahnen gegenüber. Berichte aus aller Welt haben gerade in der letzten Zeit den Beweis erbracht, daß bei Unwetter die elektrischen Bahnanlagen sofort deformiert waren, wodurch länger andauernde Betriebsstörungen eintreten können.

Die entscheidende Frage ob und wie weit eine Elektrifizierung überhaupt erfolgen soll, hängt von der Menge und der Billigkeit der Wasserkräfte ab. Wichtig ist, daß alle Wasserkräfte in den Besitz des Staates übergehen und es wäre zu diesem Zwecke unzulänglich ein anderes Wasserrecht mit entsprechenden Enteignungsverfahren zu schaffen, wodurch das heutige langwierige und umständliche Verfahren beseitigt wird. „Das Wasser ist“, wie es in der Begründung des schweizerischen Wassergesetzes von 1905 heißt, „eines der wichtigsten Elemente der Wohlfahrt und der Entwicklung der Technik“. Als Energiequelle wird das Wasser einmal die erste Stelle einnehmen. Schon heute, wo die Wasserkraft für die Volkswirtschaft, für deren Entwicklung der Produktivität und damit für das ganze wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben eine noch größere Bedeutung zu erlangen scheint, als wie sie bisher die Energie der Kohle eingenommen hat, bildet die Wasserkraft eine der wichtigsten Fragen der volkswirtschaftlichen und sozialen Organisation. Die Ruhbarmachung der Wasserkräfte für die Volkswirtschaft verspricht eine gewaltige Steigerung der Produktionskraft und somit eine Erleichterung der menschlichen Arbeitskraft.

Die Umwandlung der Wasserkräfte in elektrische Energie bedeutet auch einen eminent volkswirtschaftlich und sozial wertvollen Fortschritt für die Landwirtschaft. Der Elektromotor besorgt das Dreschen, Futter schneiden, Pumpen, Buttern usw., er treibt die Kreissäge, die Drehbank, die Bohrmaschine und den Schleifstein in den landwirtschaftlichen Werkstätten und liefert die Triebkraft in den der Landwirtschaft angegliederten industriellen Betrieben. Und es können dann nicht mehr nur die Großgrundbesitzer, sondern auch die kleinsten Betriebe sich die Vorteile des mechanischen Antriebes zunutze machen. Es erhält

auch der kleinste Bauer im einsamen Tale die elektrische Energie, und diese Energie die ihm ein oft stundenweit entfernt liegendes Wasserkraftwerk liefert, wird billig zu stehen kommen.

Zum Studium der ausnutzbaren Wasserkräfte der erforderlichen Anlagen und dergleichen, ist für die Tschechoslowakei ein Studienbureau errichtet worden. Es ist leider nicht bekannt, ob dasselbe genügend hoch dotiert ist, um die besten Kräfte einzustellen und eine genügend große Zahl von Ingenieuren, Zeichnern und Hilfskräften in Beschäftigung zu setzen. Hier dürften nicht kleinliche fiskalische Erwägungen maßgebend sein und wenn jemals das Wort von dem großen Moment, der kein kleines Geschlecht finden darf, angewendet werden kann, so jetzt und in diesem Falle, wo es gilt, eine der größten technischen Aufgaben zu erledigen. Was auf dem Gebiete der Elektrifizierung in der Tschechoslowakei bisher geleistet wurde, ist gegenüber anderen Staaten sehr gering, wie dies spätere Darlegungen erkennen lassen werden.

Die ausnutzbaren Wasserkräfte werden in der Tschechoslowakei auf insgesamt 1,800,000 Pferdekraften geschätzt. Davon entfallen auf Böhmen 600,000, auf Mähren und Schlesien 250,000, auf die Slowakei 750,000 und auf Podkarpatska Rus 200,000 Pferdekraften. Von diesen imposanten Wasserkräften wurde bis heute nur wenig ausgenutzt. Im ganzen sind gegenwärtig in Böhmen Hydrozentralen von 100,000, in Mähren von 15,000, in Schlesien von 8,000, und in der Slowakei von 30,000 Pferdestärken im Betriebe. Im Bau befinden sich insgesamt 17 Elektrizitätswerke von 52,000 Pferdestärken, die jährlich 189,5 Millionen Kilowattstunden Energie liefern werden. In Böhmen wurden bis zum politischen Umsturz die Elektrizitätswerke an der Elbe in Königgrätz, Předměstí und Vodňany fertiggestellt und mit dem Bau der Elektrizitätswerke in Rumburg und Kolín begonnen. In der Moldau wurden die Elektrizitätswerke Těšnov und Děpítal gebaut. Im Bau begriffen sind die Elektrizitätswerke an der Elbe bei Přelouč, an der Moldau bei Mirovic, oberhalb von Königgrätz an der Elbe und in Abrechtitz an der Adler. Der Landesausbau beendete den Bau des Elektrizitätswerkes in Vestec an der Moldau und baut solche gegenwärtig bei Spálov an der Jser, bei Sedlitz an der Zeltava, bei Rapsch an der Schwarzwawa und an der Nies bei der Blauwies-Mühle. Von Privatunternehmern wurden die Elektrizitätswerke bei Pásov und Haskov an der Jser (Firma Laurin u. Klement) und in Raaden an der Eger (Stadt Raaden) gebaut. Das größte von diesen Elektrizitätswerken ist das bei Mirovic mit 17,5 Millionen Kilowattstunden jährlich. Die übrigen Werke produzieren jährlich 4 bis 7,6 Millionen Kilowatt. Das Raadener Werk wird noch im Laufe dieses Jahres den Betrieb aufnehmen und ist hauptsächlich dazu bestimmt, die öffentliche Beleuchtung für die Ortschaften eines bestimmten nordwestböhmisches Abschnittes beizustellen und elektrische Energie an Industrien, Gewerbe, Handwerk, Landwirtschaft, sowie überhaupt an Haus und Hof abzugeben.

Der hervorragende wirtschaftliche Wert der Wasser-Speicherwerke zeigt sich aber vor allem in seiner Wirkung auf bestehende Werke zu einer Zusammenarbeit. Durch eine solche Zusammenarbeit wird die vollständige Ausnutzung des Wasserwerkes und des erzeugten Stromes gesichert. Diese rationelle Betriebsführung hat man in Deutschland schon bei einigen Anlagen gesichert und hat zu diesem Zwecke riesige Stauwerke aufgeführt. Hier sei nur einiger solcher Werke gedacht. Zurzeit im Bau befindet sich das Waldenseewerk. Einhundert Meter oberhalb Krün wird die Jsar durch eine Wehr aufgestaut und bis zu 25 cbm/sec. ihrer Wasserführung in einem Kanal nach dem Waldensee abgeleitet, dessen Abfluß durch eine Schleufe abgeperrt und dadurch in ein Sammelbecken umgewandelt wird. Etwa 200 Meter unterhalb des Waldensees, liegt das Kraftwerk am Ufer des Rochelesers, der die Rolle des Ausgleichsweihers übernimmt. Die gewöhnliche Maschinenleistung reicht für 120,000 PS auf. Einschließlich der Reservemaschinen können 168,000 PS erzeugt werden. Die gesamte Jahresleistung beträgt 160 Millionen Kilowattstunden.

Weiters sei auf das deutsche Zustufgebiet des Oberrheins liegende Murgwerk verwiesen, dessen erste Ausbaustufe seit 1918 in Betrieb ist. Die Murg wird kurz unterhalb der badischen Landesgrenze durch ein Wehr zu einem Sammelbecken von 190,000 cbm aufgestaut. Durch Zuführung weiterer zwei Wasserläufe wird die Erzeugung von 80,000 Kilowatt ermöglicht, so daß eine Jahresleistung von über 1000 Millionen Kilowattstunden entsteht. Ein großartiges Talsperren-Unternehmen wird zurzeit im Saletal geplant. Zwischen Saalburg und Hohenwarte soll der Fluß durch zwei Stauwerken in zwei große Sammelbecken gefaßt werden, die zusammen über 400 Millionen cbm Wasserinhalt besitzen werden. Dazu tritt bei Rosenthal ein Vorbecken mit 25 Millionen cbm und bei Gschicht ein Ausgleichsweihers mit 1 Million cbm Fassungsvermögen. Schließlich sei noch die Leistung des Nedarstwertes hervorgehoben. Die Kraftenerzeugung in diesen Werken beträgt nach den angestellten Einzelberechnungen 63,170 PS im Jahresdurchschnitt der Leistung. Es tritt also ein Kraftgewinn von 63,170 - 4230 = 58,940 PS ein. Die entsprechende Jahresleistung an elektrischer Arbeit beträgt rund 350 Millionen Kilowattstunden. Einschließlich der bereits bestehenden und weiterbleibenden Werke werden im kanalisieren Nedar etwa 439 Millionen Kilowattstunden jährlich erzeugt werden.

Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1923. Die Dr. Kulhanek in der „Tribuna“ mitteilt, haben die Gesamtausgaben für die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1923 392,385,348 K 72 h betragen.

Kommunistische und christlichsoziale Gewerkschaftsarbeit. Am 26. Juli 1923 wurde für die Flach- und Wollspinnerei in Böhmischem-Krummau ein Tarifvertrag abgeschlossen, der, weil er eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beinhaltet, von der Union der Textilarbeiter nicht, wohl aber vom tschechischen kommunistischen „Allgewerkschaftlichen Verband“, von der deutschen kommunistischen „Sektion der Textilarbeiter-Reichenberg“ und den christlichsozialen Arbeitern unvorfertigt wurde. In diesem Vertrag ist auch unter anderem folgende Bestimmung: Im Falle eingetretener schwerer Erkrankung in der engsten Familie wird dem Fernbleibenden, der zur Wartung der Familienangehörigen benötigt wird, höchstens drei Tage Lohnentfaltung gewährt. Dies widerspricht dem Gesetze, das im § 115b von bis zu sechs Tagen Entschädigung spricht und zu Beginn 1923 hat das Gewerbegericht in Reichenberg bereits in einem Fall dahin entschieden, daß es einem Arbeiter, der länger als sechs Tage von der Arbeit fernbleiben mußte, sechs Tage Entschädigung zugesprochen hat. — In dieser Entschädigung wurde nun die Klage gegen die Firma überreicht und als es zur gerichtlichen Ausstragung kam, zog die Firma auf Anraten ihres Rechtsanwaltes vor, sofort alle entstandenen Gerichtskosten nebst der Entschädigung für die noch fehlenden Tage sofort zu begleichen; ja selbst ein Mitglied der kommunistischen Gewerkschaft erhielt durch diese Darstellung, daß der Vertrag gegen das Gesetz verstößt, ebenfalls die zu wenig ausbezahlte Entschädigung. Es ist damit offensichtlich der Beweis erbracht, daß dieser Vertrag in diesem Punkt, wie in noch vielen anderen, die vielleicht ebenfalls noch gerichtlicher Weise geklärt werden, dem Gesetz nicht entspricht und der Fall zeigt zu gleicher Zeit, daß die Arbeiter von den kommunistischen Gewerkschaftspartnern keine Vorteile, sondern nur Nachteile haben. Mögen die Arbeiter gerade aus diesen Vorwissen lernen, Mitglieder jener Organisation zu werden, deren oberster Grundsatz ist, Verträge zu schließen, die dem Arbeiter mehr gewähren, als die bestehenden Gesetze dem Arbeiter an und für sich bieten.

Der zweite Weltkongreß der Bäckereiarbeiter. Der zweite Weltkongreß der Bäckereiarbeiter findet Mittwoch, den 23. und Donnerstag, den 24. April in Bern (Schweiz) statt. Unter anderem soll ein Bericht über die von der Zentralstelle der Bäckereiarbeiter seit dem ersten Weltkongreß in Köln zur Errichtung und Erhaltung der Tagesarbeit in den Bäckereien unternommenen Schritte behandelt und ein Beschluß über die Stellung der Bäckereiarbeiter zur sechsten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1924 gefaßt werden.

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Wirtschaftskrise in Deutschland. Noch immer sind in deutschen Reichsgebiet annähernd vier Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter vorhanden, obwohl der Arbeitsmarkt im Jänner eine mäßige Besserung zeigte. Im unbefestigten Gebiet ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen vom 31. Dezember bis 31. Jänner von 1.551.000 auf 1.429.000 zurückgegangen, die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige Vollvertragslofer) von 1.658.000 auf 1.578.000. Zu beachten bleibt, daß nach den geltenden Bestimmungen ein wesentlicher Teil der Erwerbslosen Unterstützung nicht erhalten kann. Die Entwicklung wird aber befördert durch die Statistik der Fachverbände der Arbeitnehmer, die für Dezember vorigen Jahres 22,1 Arbeitslose und 24,5 Kurzarbeiter, für Jänner aber 20,5 Arbeitslose und 14,8 Kurzarbeiter auf das Hundert der erfassten Mitglieder aufwies. Im befestigten Gebiet beträgt die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter noch weit über eine Million. Ungünstig ist die Lage besonders in der Pfalz. Auch im übrigen kommt der Arbeitsmarkt der befestigten Gebiete, die früher eine Arbeitslosigkeit kaum kannte, nur zögernd wieder in Fluß, insbesondere infolge der bekannten Eisenbahnverhältnisse. Im Osten des Reiches steht das anhaltende Frostwetter einer Besserung des Arbeitsmarktes entgegen, das Landwirtschaft und Gärtnereien, Bauhandwerk und Binnenschifffahrt weitgehend beeinträchtigt. Soweit die Industrie eine Besserung zeigt, ist der günstige Einfluß der beruhigten Währungsverhältnisse unverkennbar.

Transportarbeiterstreik in England. Der Sekretär des englischen Transportarbeiterverbandes Devin teilt mit, daß der Streikbefehl für morgen Vormittag bestätigt worden ist. Obwohl die Delegierten sich morgen früh auf dringendes Ersuchen des Arbeitsministers nochmals versammeln würden, bedeutet dies doch keine Verschönerung der Streikankündigung. Das Arbeitsministerium gibt bekannt, daß Vertreter der beiden Parteien morgen beim Arbeitsminister zusammenkommen werden.

Die Zusammenschlußbewegung unter den ungelerten Arbeitern Englands. Nächste Woche wird in London eine Konferenz stattfinden zwecks endgültiger Verschmelzung der „National Union of General Workers“ (Ungelernte Arbeiter), der „Municipal Employeess' Association“ (Gemeindearbeiter) und der „National Amalgamated Union of Labour“ (Ungelernte Arbeiter). Der Name des neuen Verbandes wird „The National Union of General and Municipal Workers“ sein. Die Organisation wird über 500.000 Mitglieder umfassen.

Lohnbewegung der italienischen Schiffsangestellten. Aus Rom wird berichtet: Nach mehrmonatigen Verhandlungen, an denen auch der Dichter und Reichsharlergeneral D'Annunzio teilgenommen hat wurde in Gegenwart des Ministerpräsidenten Mussolini der Kollektivvertrag für die Seeleute unterzeichnet. — Das kann ein sauberer Arbeitsvertrag sein!

Kunst und Wissen.

Smetanäs Oper „Der Ruf“ gelangt voraussichtlich am 11. März im Neuen Deutschen Theater zur Erstaufführung.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Sonntag halb 3 Uhr „Die Bajadere“, abends „Aida“; morgen Montag „Improvisationen im Juni“; Dienstag „Schneider Fips“, „Die Schauspieler des Kaisers“; Mittwoch „Siegfried“ (Beginn 6 Uhr); Donnerstag „Die Czardasfürstin“; Freitag „Der Troubadour“; Samstag „Der Schachgräber“; Sonntag abends „Der Fürst von Pappenheim“; Montag, den 25. Feber „Das Lied von der Erde“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag halb 3 Uhr „Der Mustergatte“; abends, Dienstag und Donnerstag „Jolandas letztes Abenteuer“; morgen Montag abends „Der Mustergatte“; Mittwoch und Samstag „Der eingebildete Kranke“, hierauf „Die Gezierten“; Freitag Bankbeamten-Vorstellung „Maria Magdalena“; Sonntag nachmittags „Don Pasquale“, abends „Die deutschen Kleinstädter“.

Wiederholung von Mahlers „Lied von der Erde“. Der große Erfolg, den das letzte philharmonische Konzert bedeutete, hat die Direktion veranlaßt, für Montag, den 25. d. eine Wiederholung anzusetzen. Die Aufführung findet diesmal bei ausgedehntem Abonnement und bei ermäßigten Preisen statt. Kartenverkauf ab Dienstag.

Arbeitervorstellung „Wom“. Sonntag, den 24. Feber wird im Neuen Theater, halb 3 Uhr, Molnars Vorbildlegende „Wom“ gegeben. Karten zu ermäßigten Preisen bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Hofar.

Literatur.

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 4 des VI. Jahrganges vom 15. Feber 1924 hat folgenden Inhalt: Landwirtschaftliche Genossenschaften und Konsumgenossenschaftsbewegung. Von Dr. Lad. Dvořak (Prag). — Feuilleton: Einige russische Eindrücke. Von Prof. Charles Gide (Paris). — Zur italienischen Genossenschaftsfrage. Von Gustav Weber (Prag). — Richtlinien der Genossenschaftsbewegung. Von Dr. Karl Renner (Wien). — Bezirks- oder Kreisgenossenschaften? Zur Diskussion über genossenschaftliche Zentralisation. Für Bezirkskonsumvereine — gegen Kreisgenossenschaften! Von Wenzel Sackel (Böhm.-Rauisch). — Gegen eine vorzeitige Zentralisation! Von Karl Hoffmann (Nägerndorf). — Merkwürdiges Vorgehen einer politischen Bezirksverwaltung. — Ferner die reichhaltigen Rubriken: Vom Tage. — Bildungsarbeit. — Rechts- und Steuerangelegenheiten. — Aus den Konsumvereinen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Ankündigungen der Konsumvereine. — Inserate.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.
1332

Rechenmaschinen, L. Edgar, Refázanka 2a.
2535

Vertretungen

In allen Orten vergibt vertrauenswürdigen Personen zu günstigen Bedingungen; auch als Nebenbeschäftigung geeignet.

M E R C U R

Tschechoslowakisch-französische Versicherungs- Aktiengesellschaft in Prag II., Nebulová 12.
2587



SANA
DIE BILLIGE MILCHMARGARINE
1590

Aus der Partei.

Gemeindevertreterkonferenz für den Bezirk Rumburg. Die Bezirksorganisation Rumburg hatte für letzten Sonntag eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Gemeinden des Rumburger Bezirkes einberufen. Von den 60 Gemeindevertretern, über die unsere Partei im Rumburger Bezirk verfügt, waren einige 40 erschienen. Es fehlte auch nicht eine Gemeinde. Nach Eröffnung sprach Referent Genosse Gath (Wardorf) über das Thema: „Fragen der Gemeindegewirtschaft und -Politik“. Der Referent wies zunächst darauf hin, daß der praktische sozialdemokratische Kommunalpolitiker nicht in allen Gemeinden nach einer bestimmten Schablone arbeiten könne, sondern, daß die Verschiedenheit der Verhältnisse, zum Beispiel die Steuerkraft der einzelnen Gemeinden, die Produktionsverhältnisse, die soziale Schichtung der Bevölkerung usw. bei der Beurteilung der einzelnen Fragen stets in Betracht gezogen werden müssen. Der sozialdemokratische Gemeindegewirt in der Stadt wird sich vor ganz andere und weitreichendere soziale Aufgaben stellen, sehen, als der Genosse in der kleinen Dorfgemeinde mit engen und primitiven Verhältnissen. Eines aber muß prinzipiell überall das Gleiche sein, nämlich: unsere Genossen müssen bestrebt sein, allen Problemen der Gemeindegewirtschaft in der Durchführung, im Rahmen der Möglichkeit die sozialistische Note zu geben. Der Referent besprach dann eine Reihe einzelner Dinge, die zur Wirtschaft jeder Gemeinde gehören. Die nun folgende, über zwei Stunden dauernde Debatte bewegte sich streng sachlich in den Bahnen des Referates. Am Schluß legte der Referent den Genossen nahe, daß wir unsere kommunalpolitische Tätigkeit in den Gemeindebeständen nicht selbst unterlassen dürfen. Die Gemeindevertreter ungskörper bedeuten für die Partei eine wichtige Position. Der Mißerfolg der letzten Wahlen kam uns keinesfalls entmutigen. Schon jetzt zeigt sich wieder frisches Leben in unseren politischen Organisationen. Wir wollen und werden sie ausbauen, daß sie ihre frühere Schlagkraft wieder gewinnen. Dann werden wir auch bei künftigen Wahlen die erlittene Schlappe wieder gut machen. Unter lebhaftem Beifall und allgemeiner Befriedigung über die gelieferte Arbeit schloß hierauf der Vorsitzende die schön verlaufene Konferenz.

Turnen und Sport.

Fußball. (Städtepiel Prag-Dresden) Zu dem heute in Dresden stattfindenden Städtepiel treten die Prager mit folgender Mannschaft an: Stajpl (Slavia); Hojer (Sparta); Seifert (Slavia); Kolenath, Rada (Sparta); Mletcha (Slavia); Sed-

labet (Sparta); Rehal (Meteor Weinberge); Vanit, Capel, Pratochvil (alle Slavia). Das Dresdener Team lautet: Schmidt; Geißler, Weber; Köhler, Koch, Schmiedel; Leip, Reichmann, Gedlich, Fündel, Danilak. — Das Wettspiel leitet der Leipziger Schiedsrichter Riemeyer.

Schwimmen. Neue Rekorde in Amerika. In Miami verbesserte J. Weismüller den 400-y-Metford auf 4:30,5. J. Farich erreichte mit 2:55,8 eine neue Weltleistung im 200-Meter-Rückenschwimmen und Miß Oberle verbesserte den Weltrekord im 150 Meter Freistil von 1:45 auf 1:44,4.

Arantia.

Wochenprogramm.

Heute, halb 11 Uhr: „Liebesleben in der Natur“, Kulturfilmvorführung (Kinosaal). Karten: 3 bis 10, Mi:gl. 2 bis 9 K.

Heute, 4 Uhr: „Wanderungen im Riesengebirge“, Großer Lichtbildvortrag.
Montag, 8 Uhr: „Über Wesen und Behandlung der Zuckerkrankheit“ mit Lichtb. Geheimrat Prof. Noorden (Frankfurt a. M.).
Montag, 8 Uhr: „Liebesleben in der Natur“, Kulturfilmvorführung (Kinosaal).

Dienstag, halb 7 Uhr: „Martialis“, Univ.-Prof. Artur Stein. Vierter Vortrag in der Reihe: „Dichtung der Weltliteratur“.
Dienstag, 8 Uhr: „Der Weg zum Erfolg“, Dr. Robert Schen. Dritter (letzter) Vortrag in der Reihe: „Lebenskunst“.

Mittwoch, 8 Uhr: „Der Fall Casillo“ mit Lichtb. („Echte und vermeintliche Entlarvungen“). Erich Czernin, Leiter des Meteorologischen Institutes, Wien.
Donnerstag 8 Uhr: „Zwischen Triller und Arberg“ mit 80 Lichtb. Ingenieur Bondy. Veranstalter: gemeinam mit dem Touring-Club.

Freitag halb 7 Uhr: „Tausend und eine Nacht“, Univ.-Prof. Grohmann. Fünfter Vortrag in der Reihe: „Dichtung der Weltliteratur“.

Freitag, 8 Uhr: „Sexualhygiene“ mit Lichtb., Doz. Dr. Schmid. Erster Vortrag in der Reihe: „Das normale und krankhafte Geschlechtsleben der Frau“.

Samstag, 3 Uhr: Kulturfilmvorführung Karten zu allen Veranstaltungen: Arantia-Kasse, Smetná 22.

„Wanderungen im Riesengebirge“ mit 80 Lichtbildern. Heute, 4 Uhr. Karten: 5, Mi:gl. 4 K. 2590

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riecher.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

Schönes Zimmer
für zwei Personen, mit vorzüglicher Verpflegung, bis-abis Riegerparf., Hochparterre, zu vermieten. Abz. erliegt i. d. Verwaltung. 2588

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

„APEC“ und „MORRELL“
1801 Vertreter für die Tschechoslowakei
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Druckzettel „Rostre“. Telefon 6667

Piering-Schl u. Essig
ist der beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen 643

Kochendes Wasser + Kivi = ausgezeichnete Rindsuppe
1850

Ich spreche aus Erfahrung!

Geräuschlos! Leichtester Anschlag! Längste Lebensdauer! DENN ALLES LAUFT IN KUGELLAGERN!

Smith Bros
DIE AMERIK. PRÄZISIONSMASCHINE
Gibian Co.
PRAG. TEL. 3024. LUCERNA REICHENBERG, GABLONZERSTR. 15.

PHILIPS ARGENTA

DAS LICHT DER GEGENWART: WEISS, MILD UND OHNE SCHLAGSCHATTEN.